

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schram.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rübstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 8892.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **319 600** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

→→ Rufen! ←←

... Einen Juliusturm müssen wir bauen, wir müssen einen Turm bauen, wo wir so viel Kapitalien festlegen, daß wir jeder Eventualität ruhig entgegenstehen können...
(Kommerzienrat Vogel-Cheunig in der Verbandsversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände am 2. Dezember 1905 im Savoyhotel zu Berlin.)
Die sicherste Gewähr für die Erhaltung des Friedens bildet die feste Kriegsbereitschaft.
(Arbeitgeber-Zeitung Nr. 23 vom 2. Juni 1906.)

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung weiß in ihrer Nr. 22 über den Ausgang des großen Kampfes in der Metallindustrie recht wenig zu sagen. Sie veröffentlicht den Beschluß des Gesamtverbandes der Metallindustriellen vom 29. Mai, durch den bestimmt wird, daß die angeordnete Aussperrung am 2. Juni nicht zur Ausführung komme. In einer anderen Stelle bemerkt sie, daß sie sich mit Rücksicht auf den mitgeteilten Beschluß einer weiteren Bemerkung enthalten möchte. Das ist die Vorsicht weiter getrieben als man es bisher bei der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung gewohnt war. In ihrer Bescheidenheit läßt sie einen Korrespondenten aus Hannover zu Wort kommen, der in der Weserzeitung den Ausgang des Kampfes als einen „Sieg der Arbeitgeber“ verkündet. Wenn die „Sieg“ der Arbeitgeber so aussehen, wie der letzte, wie wird es dann erst mit Niederlagen bestellt sein? Daß die Unternehmerorgane die Niederlage des Scharfmachers bemängeln, ist nur zu erklärlich. Speziell aber der Kampf in Hannover hat gezeigt, daß die Räume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen, wenn ihnen eine entschlossene Arbeiterschaft, vereinigt in einer festgefühten Organisation, gegenübersteht. Der hannoversche Metallindustriellen-Verband stellte sich schon bei Einreichung der Forderungen der Former und Gießereiarbeiter auf den extremsten Standpunkt, jedes Zugeständnis wurde verweigert. Nach Einstellung der Arbeit durch die Former und Gießereiarbeiter wurden die übrigen Arbeiter ausgesperrt. Versuche der Organisationsleiter, durch Verhandlungen den Konflikt beizulegen, wurden abgewiesen und die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit gefordert. In dieser Stellung verharren der Metallindustriellen-Verband in Hannover so lange bis in Dresden die Einigung zustande gekommen war. Nach langwierigen Verhandlungen, zu denen schließlich auch noch Herr Mendt nach Hannover eilte, kamen die in voriger Nummer der Metallarbeiter-Zeitung bekanntgegebenen Einigungsbedingungen zustande. Wenn die Scharfmacher sich diese als einen „Sieg“ zuschreiben, uns soll es recht sein, wir wünschen nur, daß wir niemals eine schlimmere „Niederlage“ erleiden. Wenn es uns überall gelingt, für die niedrigst entlohnten Arbeiter, neben weiteren Zugeständnissen wie in Hannover, eine Lohnzulage von drei Mark die Woche zu erringen, dann wollen wir gerne das „Obium“ weiterer „Niederlagen“ auf uns nehmen.

Wie in Hannover und den übrigen „bestrittenen“ Orten — nach den neuesten Berichten sind auch in Breslau, trotz des schmachvollen Unfalls der Hirsch-Dunderschen, annehmbare Bedingungen erreicht worden — ist an vielen anderen Orten, meist ohne Kampf, der größte Teil der Forderungen der Former und Gießereiarbeiter errungen worden, wodurch eine wesentliche Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintritt. An dieser Tatsache ist nicht zu rütteln, mag die Unternehmerpresse noch so sehr nach russischem Muster „Sieg“ verkünden, mögen die verräterischen „Christlichen“ und Hirsch-Dunderschen Führer noch so viel schwindeln und lägen. Und die Errungenschaften der Former und Gießereiarbeiter werden auch nicht ohne Wirkung auf die Arbeitsverhältnisse der übrigen Arbeiter der Metallindustrie bleiben.

So stellt sich bei objektiver Betrachtung das Resultat des bisherigen Kampfes dar. Aber noch ist die Formerbewegung nicht zu Ende. An vielen Orten wurde mit Rücksicht auf die Aussperrungen mit der Einreichung der Forderungen zugewartet; teilweise wollten die Unternehmer die schon aufgenommenen Verhandlungen vor Beendigung des Kampfes in den vier „bestrittenen“ Orten nicht fortsetzen. Es wird deshalb vieles nachgeholt werden müssen. Wenn es auch unser Wunsch ist, daß die weitere Bewegung ohne wesentliche Arbeitseinstellungen verlaufen möge, so kann trotz unseres guten Willens, wenn auch nicht eine allgemeine, so doch eine örtliche oder Teilaussperrung kommen. Mit dieser Möglichkeit haben wir zu rechnen und uns dafür zu rüsten. In dieser Hinsicht müssen wir uns die Maßnahmen der Segner als Fingerzeig dienen lassen. So wortkarg die Deutsche Arbeitgeberzeitung auch gegenüber dem großen Kampfe war — ihr erster Gedanke, den sie im Leitartikel der Nr. 23 aussprach, war doch gleich wieder: „Die sicherste Gewähr für die Erhaltung eines dauernden Friedens bildet

die feste Kriegsbereitschaft.“ Und sie erörtert dann die Vorteile der Versicherungen gegen Arbeitseinstellungen etc., wobei das Zeitmotiv ist: einen gefällten Juliusturm zu schaffen. Mit anderen Worten: die Unternehmer sollen sich für weitere Kämpfe rüsten.

Diese Vorgänge im Unternehmerlager dürfen wir nicht unbeachtet lassen, wir müssen ebenfalls dahin streben, einen Juliusturm zu bauen und ihn so mit gemünztem Metall zu füllen, daß wir nicht nur alle Stürme, die auf unsere Organisation unternehmen werden, zurück schlagen, sondern auch weitere dringende nötige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen erringen können. Die Formerbewegung hat den Wert einer großen, leistungsfähigen Organisation gezeigt. Nur durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband konnte diese Bewegung eingeleitet und mit so durchschlagendem Erfolg geführt werden. Wir müssen deshalb danach trachten, unsere Organisation noch kräftiger, leistungsfähiger zu machen. Die Stärke und Aktionsfähigkeit einer jeden Gewerkschaft besteht, neben einer hohen Mitgliederzahl, vor allen Dingen in einem möglichst hohen Kassenbestand. Je höher der Kassenbestand einer Organisation unter gleichzeitiger genügender gewerkschaftlicher Schulung der Mitglieder ist, um so mehr werden die Unternehmer mit der Organisation rechnen und um so größer wird der Erfolg einer solchen Organisation sein. Es ist also unter allen Umständen ein Gebot gewerkschaftlicher Taktik, den Kassenbestand der Organisation, die Munition zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe rechtzeitig zu beschaffen und fortgesetzt zu erhöhen. Eine Organisation, die diesen vornehmsten Grundsatz gewerkschaftlicher Taktik außer acht läßt, ist nicht imstande, gewerkschaftliche Erfolge dauernd an ihre Fahne zu heften, das einmal Errungene auch festzuhalten. Unsere Organisation hat nun infolge der Gießereiarbeiterbewegung ohne Zweifel ganz bedeutende finanzielle Aufwendungen machen müssen. Wir vergeben uns nichts, wenn wir eingestehen, daß unsere Finanzen durch den Kampf geschwächt wurden. Das kann auch gar nicht anders sein. Es wäre aber ein unverzeihlicher Fehler, wenn wir nicht rechtzeitig dafür sorgen würden, unseren Widerstandsfonds so bald als möglich mindestens wieder auf die Höhe vor dem Kampfe zu bringen. Wir sind aber der Meinung, daß das für die Dauer nicht genügt, sondern daß unser Kassenbestand darüber hinaus noch wesentlich gesteigert werden muß. Je früher das geschieht, desto besser für den Verband und alle seine Mitglieder. Durch die regulären Beiträge ist das aber erst in längerer Zeit möglich, denn von diesen sind auch andere Ausgaben zu bestreiten als die Kosten des wirtschaftlichen Krieges.

Der Vorstand hat bei Beginn des Kampfes, als über dessen Dauer noch kein Urteil möglich war, von der ihm statutarisch zustehenden Befugnis Gebrauch gemacht und die Erhebung eines Extrabeitrags von wöchentlich 25 Pf. „bis auf weiteres“ ausgesprochen. Nachdem die angeordnete Aussperrung nicht erfolgt ist, nahm der Vorstand erneut Stellung und hat unter Zustimmung des Beirats beschlossen, diesen Extrabeitrag auf die Dauer von dreizehn Wochen zu erheben. Die Summe, die dadurch einkommen wird, ersetzt nur einen Teil der Aufwendungen, die für die Formerbewegung bis zu ihrem Abschluß gemacht sein werden. Es sind dem Vorstand Anträge auf dauernde Fortsetzung des Extrabeitrags von 25 Pf. zugegangen, wenn er ihn jedoch nur für dreizehn Wochen erhebt, so leitet ihn dabei der Gedanke, die Mitglieder nicht mehr als absolut nötig zu belasten. Wir verkennen nun durchaus nicht, daß es einem Teile unserer Mitglieder schwer fallen würde, diesen Beitrag zu leisten, ein großer Teil aber wäre dazu nicht nur imstande, sondern auch gewillt, erhöhte Opfer zu bringen. Es wird ja nun sicher nicht ausbleiben, daß aus dem Kreise unserer Kollegen heraus Meinungen kundgegeben werden, wie die Finanzkraft unseres Verbandes weiter gesteigert werden kann.

Der Vorstand fordert von den Mitgliedern nur das notwendigste. Die Situation erfordert es, daß wir unsere noch vorhandenen Kampfmittel zunächst so rasch als möglich ergänzen. Denn vor nichts haben die Unternehmer mehr Respekt als vor den gefüllten Kassen der Gewerkschaften. Wie siegesicher verkündeten doch die bürgerlichen Zeitungen bei Ausbruch des Kampfes, daß die Mittel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in zwei oder drei Wochen sicher aufgebraucht sein würden und die Streikenden und Aussperrten dann zu Kreuze kriechen müßten. Als aber Woche auf Woche verging, zerrannen die schönen Hoffnungen auf die Zerstückelung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, man mußte sich zu Konzessionen herbeilassen. Das verdanken wir allein dem Umstande, daß unser Verband über die genügenden Geldmittel verfügte. Der Verlauf des Kampfes zeigt, was wir zu tun nun nicht unterlassen dürfen: Wir müssen einen Juliusturm errichten!

Von gegnerischer Seite, „Christlicher“ und Hirsch-Dunderscher, deren Führer in dem gewaltigen Kampfe eine so

schmachliche Rolle gespielt haben, ist auch damit getrebt worden, daß der Extrabeitrag von 25 Pf. „nie mehr verschwinden werde“, und es wurde die Parole ausgegeben, sich an unsere Mitglieder heranzudrängen, ihnen das Schreckgespenst des „dauernd hohen“ Beitrags vorzumalen und sie damit in ihre Netze zu locken, oder doch wenigstens zum Austritt aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu veranlassen. Wir können uns nicht vorstellen, daß ein vernünftiger Mensch den gleichnerischen Lockungen solcher Judasse folgen könne, wer es aber tun würde, hätte es nur sehr bald bitter zu bereuen.

Die Kollegen, die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband aus Unwillen über das geringe ihnen zugemutete Opfer des Extrabeitrags von 25 Pf. auf die Dauer von 13 Wochen den Rücken kehrten, würden nicht nur das Interesse der Gesamtheit schädigen, sondern am empfindlichsten sich selbst. Ganz abgesehen davon, daß sie bei der nächsten Gelegenheit wiederum in einen Streit oder eine Aussperrung verwickelt werden können und sie dann ohne Unterstützung — der Hirsch-Dundersche Gewerksverein drohte allen seinen Mitgliedern, die sich bei der Formerbewegung solidarisch erklären würden, an, daß sie keine Unterstützung erhalten! — und ohne Halt dastehen würden, besteht für diese Kollegen die ganz besondere Gefahr, daß sich die Unternehmer ihre Wankelmütigkeit und Jagdbastigkeit zunutze machen und ihnen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtern. Diese Kollegen müßten sich dann unter Umständen statt einer durch treues Ausbleiben bei der Organisation in Aussicht stehenden Lohn-erhöhung oder Arbeitszeitverkürzung, eine Lohnreduktion gefallen lassen. Für diese Kollegen wäre es eine ganz empfindliche Strafe, wenn alsdann dieser Lohnabzug in einer einzigen Woche das mehrfache dessen ausmacht, was sie bei unserer Organisation an Extrasteuern in 13 Wochen zusammen genommen an den Verband zu entrichten hätten. Diese Kollegen würden sich selbst geächtigt haben, ohne sich dessen voll bewußt geworden zu sein. Sie hätten sich ins eigene Fleisch geschnitten und dem Unternehmer einen Gefallen erwiesen.

Dazu kommt noch, daß sich diese Kollegen auch noch in anderer Hinsicht schädigen würden. Nach den Bestimmungen unseres Statuts hat ein Mitglied nach dem 1. Juli 1906 bei einjähriger Mitgliedschaft Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung von 120 Mk. im Jahre. Bei fünfjähriger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung 200 Mk. Abgesehen von allen sonstigen Rechten, die ein solches Mitglied hat, gibt es bei eventuellem Austritt aus dem Verband wegen dreizehnmal 25 Pf. gleich 3,25 Mk. allein an Erwerbslosenunterstützung eine Summe von 120 bis 200 Mk. leichtfertig preis, die es beziehen könnte, wenn es kurz nach dem Austritt entweder arbeitslos oder krank würde. Krank und arbeitslos aber kann jedes Mitglied werden, ebenso wie es plötzlich den Rechtschutz des Verbandes benötigen kann und den Wohnort wechseln muß. Alle diese Rechte gibt ein austretendes Mitglied wegen 3,25 Mk. preis. Das wäre eine so gewaltige Schädigung seiner Interessen, die das betreffende Mitglied nie verantworten und auch nie wieder gut machen könnte, die Folgen würde es aber erst dann recht drückend empfinden, wenn eine Arbeitslosigkeit oder Krankheit eintritt und Frau und Kinder nach Brot verlangen.

Dieser kurze Hinweis mag genügen. Unsere nächste Aufgabe ist uns allen klar vorgezeichnet: wir müssen arbeiten, um dem Deutschen Metallarbeiter-Verband die vielen Tausende, die ihn noch fernstehen, zuzuführen. Wir müssen rufen, um uns gegen Angriffe verteidigen und wenn nötig selbst zum Angriff schreiten zu können. Was auch kommen möge: in erster Linie müssen wir auf unsere eigene Kraft uns verlassen können. Das mögen alle Kollegen beherzigen und ihr ganzes Wollen und Können in den Dienst unserer Sache stellen.

Streifzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung.

Von Paul Kampffmeyer-München.
Nachdruck untersagt.
V. Kooperation und Ausbeutung.
Die Kooperation, das organisierte und disziplinierte Zusammenarbeiten zahlreicher Arbeitskräfte in einem Produktionsbetrieb, drängt sich heute mit besonderem Nachdruck in unser Bewußtsein. Bezahle und unbezahlte Wehrdienststreuer des Kapitalismus haben diese Regelung eines kombinierten Produktionsprozesses, die bis ins kleinste getriebene Teilung und großartige Zusammenfassung der Arbeit, als die ureigenste Tat des kapitalistischen Unternehmers angesehen. Sie sehen auf die Schulter des kapitalistischen Einzelunternehmers ein erhabenes Jupiterhaupt, aus dem der Riesensplan einer harmonischen Verbindung der persönlichen und sachlichen Faktoren der Produktion entspringt.
Die Kooperation, das systematische Zusammenwirken vieler Arbeitskräfte zu einem Werke, stellt sich zunehmend als ein be-

sonders charakteristisches Merkmal der kapitalistischen Wirtschaftsweise dar. Die ägyptischen Pyramiden, die gemalten gen Himmel strebenden Tempelbauten der asiatischen Welt, reden in ihrer feineren Sprache überwältigend von den Großtaten einer planvoll ordnenden Vereinigung der Arbeitskräfte zur Herstellung gigantischer Schöpfungen. In der Bewegung der Statuen und der enormen Massen, so heißt es in einem Zitat bei Marx, deren Transport Stämme erregt, wurde fast nur menschliche Arbeit verschwenderisch angewandt. Die Zahl der Arbeiter und die Konzentration ihrer Mühe genügt. So sehen wir mächtige Korallenriffe aus den Tiefen des Ozeans zu Inseln anschwellen und festes Land bilden, obgleich jeder individuelle Ablagerer winzig, schwach und verächtlich ist. In der Kiesenorganisation einer modernen kapitalistischen Fabrik ist ebenfalls die schöpferische Tätigkeit zahlreicher individueller Intelligenzen abgelagert. Arbeitskombinationen technischer und kaufmännischer Erfindungen mühen sich aneinanderzureihen, Erfindungen an Erfindungen knüpfen, damit das organisatorische Wunderwerk der modernen Fabrik entsteht. In jedem Großbetrieb mit seinen Bewegungs- und Werkzeugmaschinen, mit seiner gesellschaftlichen Teilung und Gliederung der Arbeit, überschaut man eine viele Jahrtausende umfassende geistige Kollektivarbeit. Du siehst einen modernen Dampfhammer, und die ganze Entwicklungsgeschichte dieses Werkzeugs vom Steinhammer an bis zum schmelzenden Ungeheuer, das der Engländer bedeutungsvoll „Thor“ taufte, sieht an deinem geistigen Auge vorüber. Möchte die geistige Spannkraft einer genialen Individualität bei der Verbindung der persönlichen und sachlichen Faktoren der Produktion auch noch so groß sein, sie verschwindet doch völlig vor dem summierten geistigen Schaffen einer schier unendlichen Folge menschlicher Generationen. Selbst das genialste Wesen stand nicht auf sich selbst, es schuf nicht aus sich heraus eine völlig neue Welt, sondern es arbeitete mit der Willkür der Natur an Gedanken verflochtenen Geschlechtern.

Was in die graue Vorzeit reicht die Geschichte der Kooperation, und die kombinierte Arbeit darf daher nicht als die besondere Eigentümlichkeit des Kapitalismus gebucht werden. Allerdings hob der Kapitalismus die Kooperation auf eine bisher ungekannte Höhe. Und das Problem der Arbeitsvereinigung, der Kombination zahlreicher schaffender Arbeiter zur Gütererzeugung, war anders für den Kapitalismus gestellt als für die Wirtschaftssysteme früherer Geschichtsperioden. Der Fuß des Sklavenhalters stieß gleichsam verflante, entmenschte Geschöpfe zu einem großen geordneten Arbeitsheer zusammen. Äußere Herrschaftsverhältnisse bedingten und leiteten den kombinierten Arbeitsprozeß. Der Kapitalismus führte sogenannte „freie“ Arbeiter zusammen. Er zog sie nicht an Eisenketten in die Werkstätten hinein, obwohl er sie immerhin an Hungerseile hielt. Aber das Hungerseil erlaubte dem Proletarier ein freieres Ausweichen als die Kette dem Sklaven. Das Problem der Arbeitsvereinigung war für den Kapitalisten schwieriger gestellt als für den Sklavenhalter, der unter Umständen ganz kammisch über Tod und Leben seiner Sklaven entschied.

Bei der Vereinigung der Arbeiter zu einer gemeinsamen gütererzeugenden Tätigkeit leitete den Sklavenhalter, den Feudalherrn, den Kapitalisten nicht die Freude an dem harmonischen Zusammenwirken der sich eifrig regenden Arbeiter. Sie beehrte nicht der Gedanke, mit dem Arbeitsprodukt der Vielen viele hungrige Mäuler zu stopfen und viele nackte Seiber zu kleiden, sondern die Über der Ausbeutung der Vielen durch den Einen. Im Wesen der wirtschaftlichen Kooperation ist von der Zeit der Sklaverei an bis zu den Tagen der Lohnunterwerfung das Prinzip der Ausbeutung eingeblieben. Daher ist das Ziel auf die völlig beglückende organisierte Tätigkeit der kapitalistischen Unternehmern nicht ein mit recht fähiger Stimme und mit noch fähigeren Gefühl vorgetragenem Lieb kapitalistisch bezahlter Lohn- und Preisjäger. Das kapitalistische Unternehmertum organisiert die Produktion nicht, um einem ärmlichen Dunge des Herzes, um einer hochherzigen, Willkür von Menschen freudig nachfolgenden Empfindung zu genügen, sondern um wenig genugsam aus Millionen von Menschen Millionen von Seiden zu Selbstbereicherung zu gewinnen.

Und doch wäre es sehr verfehlt, wollte man die Tätigkeit des kapitalistischen Unternehmers als völlig bedeutungslos für die Produktion ansprechen und sie in die Rangstufe mit der Arbeit eines gewöhnlichen Schiedsrichters stellen. Diese dirigierende und organisierende Tätigkeit des Kapitalisten, wenn sie auch in weiteren Laufe der Geschichte selbst durch die Funktionen zunehmend und zunehmend selbstständiger Arbeiter ersetzt wird, war eine historische Notwendigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung selbst. Kein Schwärmer als Marx hat in dem so geistvollen Kapitel „Kooperation“ seines Hauptwerkes, die eigenartige leitende Rolle des kapitalistischen Unternehmers in der kapitalistischen Produktion dargestellt. Mit der Kooperation vieler Lohnarbeiter entwickelt sich das Kommando des Kapitalisten zum Schicksal für die Ausprägung des Arbeitsprozesses selbst, zu einer wirklichen Produktionsbedingung. Der Befehl des Kapitalisten auf dem Produktionsfeld wird jetzt so unerschütterlich wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld. Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auf großem Maßstab bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeine Funktion wahrnimmt, die aus der Bewegung der produktiven Schwerkörper im Hinblick auf die Bewegung ihrer selbstständigen Organe entspringt. Ein dergleichen Schicksal bedingt sich selbst ein Ungeheuer behaftet des Kapitalisten. Diese Funktion der Leitung, Überwachung und Verwaltung wird zur Funktion des Kapitalisten, sobald die ihm untergeordnete Arbeit kooperativ wird.

Aber der Kapitalist befreit sich nicht mit der Rolle des Dirigenten des Arbeitsprozesses. Er läßt nicht nur, so sagen wir im Hinblick auf das Marxsche Gleichnis, die Fäden seiner Maschinen spielen, sondern er bringt diese auch, groß und selbstständig gesprochen, die Fäden zum Leben. Unter der Herrschaft des Kapitalismus ist der kombinierte Arbeitsprozeß bedingungslos ein Arbeitsprozeß. In der kombinierten Arbeit selbst liegt nicht nur aber ein gesellschaftliches, im gewöhnlichen Sinne kapitalistisches Element. Der kombinierte Arbeitsprozeß zeigt ein planmäßiges Zusammenwirken zahlreicher Arbeitsleistungen zu einer Gesamtleistung. In diesem Sinne kann die Unterordnung in den einzelnen Leistungen unter, in diesem Sinne kann man sagen die vielen Einzelkräfte zu einer Gesamtkraft. Und in dieser Gesamtkraft des kapitalistischen Charakters der kooperativen Arbeit enthält Marx, unter allen Umständen für die gesamte Menschheit, die fundamentalen Arbeitsbedingungen gesellschaftlicher Produktion. Sie entspringt aus der Kooperation selbst. In planmäßiger Zusammenwirkung mit anderen führt der Arbeiter seine individuellen Leistungen ab und verbindet sie zum Gesamtergebnis.

Legende stellt sich durch die Marxschen Ausführungen auf das Problem der Arbeitsvereinigung dar. Die Arbeiter müssen sich ein Ziel setzen, das sie alle verbindet.

organisierte Arbeit. Diese Arbeit bedarf wohl als gesellschaftliche Arbeit der Direktion, aber nicht der Ausbeutung. Im Einzelkapitalisten ist heute noch die leitende mit der ausbeutenden Tätigkeit verschmolzen. Aus dem kombinierten Arbeitsprozeß muß das ausbeutende Moment herausgeworfen werden. Das eigentliche Kampfes- und Lebensprinzip der aufstrebenden Arbeiterklasse ist in dem Gedanken beschlossen: Verstärkung und Vertiefung des gesellschaftlichen Charakters des Arbeitsprozesses und Ausschaltung der Ausbeutung aus diesem Prozeß.

In seiner Streitschrift gegen Eugen Dühring hat Friedrich Engels die wachsende Vergesellschaftung des Produktionsvorganges mit scharfen Strichen gezeichnet. Während sich die Gütererzeugung auf immer breiterer und festerer Basis aufbaut, während ganze Industriezweige gesellschaftlich in großen Werkstätten für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse schaffen, eignet sich ein Einzelkapitalist das gesellschaftliche Arbeitsprodukt an, beutet er individuell die ihrem ganzen Wesen nach schon sozialistische, gesellschaftliche Produktion aus. Und diese Ausbeutung, geschichtlich nur durch die führende, dirigierende Stellung des Einzelkapitalisten im Produktionsprozeß bedingt, erscheint wie eine offene Anschuldigung gegen den sozialistischen Charakter der Großproduktion selbst. Und durch den Mund der ausbeutenden Arbeiter spricht gleichsam die gesellschaftliche Produktion ihr Vernichtungsurteil über die bestehende kapitalistische Ausbeutung.

Die Ausweitung und Vertiefung des kooperativen Gütererstellungsprozesses werden wir historisch verfolgen müssen, weil wir in dieser Geschichte ein Stück des aufsteigenden Weges zum Sozialismus selbst verfolgen. Mit der Gestaltung und dem weiteren Wachstum der Kiesenbetriebe verschwindet der Einzelkapitalist als Dirigent aus dem Produktionsprozeß. Aber der ausbeutende kapitalistische Dirigent zieht durchwegs noch nicht den kapitalistischen Ausbeuter mit sich. Der Ausbeuter bleibt als ein recht handgreifliche Tatsache noch weiter bestehen. Und seiner Ausmerzung gilt der große Befreiungskampf des Proletariats gegen den Kapitalismus.

Der Lynkeus über Rechte und Pflichten.

Son Rechte, das mit uns geboren ist, Son dem ist, leider! nie die Frage. Goethe.

In den Nr. 18 und 19 dieses Blattes haben wir die Rechte und Pflichten der Arbeiter und der Unternehmer behandelt und sind dabei zu dem Schluß gekommen, daß sie noch sehr ungleich verteilt sind und daß es notwendig ist mit dem Pflichtbewußtsein der Unternehmer sehr schlecht steht, da es sehr mangelhaft entwickelt, also stark vermindert ist.

Nun hat auch der Lynkeus, der in Gemeinschaft mit dem Junker v. Reisswig den Berliner Schleißer, der unter dem Namen Deutsche Arbeiter-Zeitung bekannt ist, dreht, sich mit der Frage der Rechte und Pflichten beschäftigt. Aber wie! Ein über Phrasenquall, die gewohnte schamlose Gerechtigkeit gegen die organisierte Arbeiterschaft, kein einziger gesunder und vernünftiger Gedanke. Der Lynkeus schwört von „Schwarzgeißler“, die von „natürlichen Rechten“ fasseln, die den Menschen einzuatmen werden müßten, „auch ohne daß ihnen ein entsprechendes Maß von Pflichten auferlegt wird“, und was ist sie Einfluß und Macht erhalten, „zumal, da ja ihre Lehre, daß man Rechte auch ohne den Entschluß von Pflichten erlangen kann, den natürlichen Instinkten der Masse schmerzhaft entgegenkommt. Den umgekehrten Fall, daß nämlich jemand Pflichten übernimmt, ohne Rechte dafür zu erwerben, diesen Fall würde man der Menschheit, obwohl er genau so viel logische Berechtigung hat als der erstere, wohl weniger empfehlen.“ In welcher Sprache wohl dieser Lynkeus lebt? Was er da an „Recht“ vermag, ist geradezu als pathologisch (geistlos) zu qualifizieren und er erweist unwillkürlich an den eblen Des Unigote, der seinen Kampf erheben und wüthend gegen Hindernisse und andere Gefahren kämpft. Wo und wer sind um alles in der Welt die „Schwarzgeißler“, die der Arbeiterschaft — denn diese allein hat er dabei in Auge — um Rechte predigen und nicht von Pflichten reden? Diese „Schwarzgeißler“ existieren in Wirklichkeit nicht, sie sind die bloßen lustigen Phantasiegebilde des Schamlosen Lynkeus, die neuen Hindernisse des besten Nachfolgers des spanischen Ritters ohne Furcht und Tadel.

Richtig ist einzig das Umgekehrte. Jahrtausende hindurch kannte das Volk nur Pflichten ohne Rechte, heute sind es unter der einwirkenden Saft der ihm auferlegten Bürde und hat es nichts zu sagen. Die Sklaverei und die Leibeigenschaft waren entsetzliche Einrichtungen, die die Menschen zu Tieren erniedrigten und des Menschenwürde beraubten. Von Menschlichkeit und Menschenswürde, vom Rechte, das mit uns geboren, war leider, wie Goethe so treffend sagt, nie die Frage und es bildet heute noch zum großen Teil eine nicht gelöste Frage. Es bedarf der großen menschlichen Revolution und zahlreicher weiterer Revolutionen in allen Ländern, um die unermesslichen Menschenswürde zu proklamieren und teilweise wenigstens zu positiver Geltung zu bringen. Wie viel aber in dieser Beziehung heute noch in allen Ländern und besonders in Deutschland zu tun bleibt, empfinden jeden Tag die Arbeiter immer wieder aufs neue. Sie sind immer noch mindestens Rechte und gerechtfertigt, die Menschenwürde und Menschenwürde bedarf ständig auf sie und bildet bei jedem Schritte ein Hindernis für sie. Es ist ein mehrer Mangelzustand, wenn der Lynkeus mit dem Wohlstand kommt. Welcher standhafte Zustand besteht zum Beispiel in dieser Beziehung in Preußen, wo die Arbeiterschaft in dem Dreiklassenparlament völlig unvertreten ist, obwohl sie die größte Partei im Lande ist? Ein Rechtswort besteht hier, daß ein Manniger Sohn und Spott auf jedes Maßrecht ist, daß die Millionen Arbeiter einfach zum Namen hält und sie zu Geistes macht. Der Lynkeus hegt gegen das Reichstagsparlament, das nach seiner pathologischen Auffassung „Reinigung“ angeht, weil es der Arbeiterschaft eine Vertretung ermöglicht. Von der empfindlichen Reinigung des elenden parlamentarischen Dreiklassenparlamentes schweigt er. Er hegt gegen die von ihm empfindene Rechte ohne Pflichten der großen Masse, aber er predigt in gleichem Maße für diese die Pflichten ohne Rechte. Ihr die Leiden und menschlichen Massen hält er das Umgekehrte für selbstverständlich.

Es ist ein unheilvoller Vorzug dieses Lynkeus die Welt sich nicht, dafür noch einige weitere Proben. Er schreibt: Für die Arbeiter-Lesen muß geforgt werden, daß sie eben das Recht der Faulenzer, daß der Staat oder die Behörden für sie einzutreten, Pflichten gibt es nicht. Die Arbeiterschaft muß am Gesetze beteiligt werden, von Recht nicht für sie, das ist ihr gutes Recht, und Pflichten gibt es nicht. Dem Lynkeus, der das Rechte trägt, der die Idee des Unternehmens gekannt und in die Wirklichkeit umgesetzt hat, der mit dem Reize seines Geistes, seines Vermögens und wie oft auch seiner Güte verfahren ist, stellt sich gleichwertiger und gleichberechtigter Partner der Arbeiterschaft gegenüber, die ganzheitlich ein menschliches Wesen des Unternehmens darstellt, an jedem Beschäftigten ihren Lohn einzahlt und sich im übrigen den Regeln nach die Sorgen der Arbeiterschaft selbst. Aber sie soll die gleichen Rechte haben, Parität und nicht Parität in der Leitung, Arbeitsverhältnisse, paritätische

Arbeitsnachweise, paritätische Schiedsgerichte sorgen dafür, daß das Recht des Arbeiters gewahrt bleibt, Pflichten gibt es nicht! Boykott, Sperre, Berufsverbot, Kontraktbruch, alles Rechte des Arbeiters! Pflichten zum Ersatz des Schadens, Verantwortlichkeit für das angerichtete Unheil, Pflichten dieser Art gibt es nicht! Wehe aber dem Arbeitgeber, der sich herausnehmen wollte, dieselben Rechte sich anzumachen. . . Welche wundervolle Waffe für die Demagogie, wenn sie der großen Masse ungehindert und sogar unter stillschweigender oder aktiver Unterstützung der Wissenschaft und der Regierungsgewalten ins Ohr schreien kann: Ihr seid die berufenen Träger der Volks- und Menschenrechte! Pflichten braucht ihr nicht zu übernehmen, arbeitet wenig, leistet Mangelhaftes, kümmerst euch nicht um Staat, Religion, Ordnung, laßt eure Brotgerode aus und verhöht sie, ihr seid niemand etwas schuldig, niemand als euch selbst — und der Parteikasse — und für dieses Minimum an Pflichten sollt ihr ein Maximum an Rechten erhalten! So pfeifen die modernen Wattenfänger, und wo in aller Welt hätte wohl eine solche Melodie, ungehört auf Markt und Gassen verdröhelt, ihre Wirkung verfehlt?

Der Lynkeus schließt seine blöde Geheißel: „Nieder mit dem Grundsatze von Äquivalenz zwischen Rechten und Pflichten! Diesem unheilvollen Ziele arbeiten Kathedersozialismus und Sozialliberalie entgegen, es ist aber auch der offene Schlachtruf, mit dem die Umsturzpartei ins Feld zieht. Anlässlich der neuen Schulvorlage hat die Sozialdemokratie zahlreiche Protestversammlungen abgehalten, deren Resolutionen in einen scharfen Angriff gegen die Klassenherrschaft der Besitzenden als die Ursache aller Mängel im Schulwesen“ ausliefen, und in denen die Beseitigung aller Vorrechte des Besitzes in Staat und Gemeinde gefordert wurde. Wie es auch um die Schulvorlage selbst stehen mag: diese Forderung der Umsturzpartei kennzeichnet wieder den tiefen Abgrund, der die rote Moral von allem trennt, was als Grundlage einer gesunden Kultur, einer wahrhaften Rechts- und Staatsordnung zu gelten hat.“

Jeder normal veranlagte und denkende Mensch wird sich sagen müssen: was da die „Umsturzpartei“ verlangt, ist durchaus vernünftig und gerecht, sie will einfach die Gleichberechtigung aller, die ja auch auf dem Papier aller modernen Staatsverfassungen schon steht, aber leider in der Praxis noch nicht besteht. Im übrigen ist es bärer Unfimt, was Lynkeus da leistet, über den selbst kapitalistische Leser des Schleißers den Kopf schütteln werden. Das ist das gute bei diesen Hezereien, sie sind so egoistisch, so vernunftwidrig, daß sie ihre Wirkung verfehlen und darum ist denn auch diese maßlose Scham-macherei ohne praktische Bedeutung.

Es bleibt uns zum Schluß nur noch übrig, festzustellen, daß in dem ganzen Übungsaufsatz nicht mit einem Worte von den speziellen Pflichten der Unternehmer gegenüber den Arbeitern die Rede ist. Wir haben in unseren beiden Artikeln die Rechte und Pflichten dieser zwei Parteien dargestellt und gezeigt, wie ungleich sie verteilt sind, dabei aber betont, daß ganz selbstverständlich die Arbeiter ihre Pflichten erfüllen und erfüllen müssen, aus denen sie ihre Rechte ableiten; andererseits aber der großen Summe von Rechten der Unternehmer entsprechende Pflichten gegenübergestellt, die von ihnen auch erfüllt werden sollten. Die Segner beschuldigen uns gerne und häufig der Einseitigkeit und Übertreibung, allein mit Unrecht. Wenn sie eine Musterleistung solcher Art, eine Musterleistung dafür, wie es nicht gemacht werden soll, kennen lernen wollen, so mögen sie den Lynkeuschen Aufsatz in Nr. 20 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung lesen.

Aus einer dunkeln Ecke.

Das anhaltende rasche Wachsen unseres Verbandes wird wohl nirgend mit mehr Spannung verfolgt, als in jenen Gebieten, die als Stätten der Metallgewinnung und Metallbereitung mit Zehntausenden von Metallarbeitern eigentlich die größten Metallkontingente stellen sollten, erfahrungsgemäß jedoch bis heute am allgemainten Aufschwung des Verbandes verhältnismäßig recht wenig beigetragen haben. Oberschlesien, das Saargebiet und Lothringen sind eben auch beim Koffgänger der Allgemeinheit, wenn es sich darum handelt, seinen Anteil am agitatorischen Gesamterfolg jedem einzelnen Bezirk zusammenfassen. Warum das so ist, warum der Gewinn der Organisation in diesen Gebieten ein gegen die Fortschritte anderer Bezirke so zurückbleibend ist, das zu untersuchen dünkt uns notwendig in dem Augenblick, in dem die Ausbreitungsfähigkeit des Verbandes an verschiedenen Stellen natürlich begrenzt zu werden beginnt. Einiges für das Saargebiet geltende sei deshalb in nachfolgendem den Kollegen gesagt.

Das Saargebiet zählt in wirtschaftlicher Hinsicht zu den ersten Flächen Deutschlands. Es verdamt diese Bedeutung dem häufigen Vorkommen von Steinkohle, dann seiner durch die Nähe der Lothringer und Luxemburger Gräfelder begünstigten Eisenindustrie. Keramikische Industrie, Glas- und Flaschenfabrikation u. s. w. stehen wohl gegen Bergbau und Eisenhüttenwesen merklich zurück, immerhin ist aber ihre Bedeutung eine solche, daß die Vollständigkeit eines großindustriellen Wirtschaftsgebietes u. e. Kennung verlangt. Die vorherrschende Betriebsform ist der Großbetrieb, im Eisengewerbe wie im Bergbau, in welcher letzterem der preussische Staat im Saargebiet nahezu ein Monopol besitzt. Kleine industrielle Betriebe sind wenig zahlreich und in wirtschaftlicher Selbstständigkeit nur vereinzelt vorhanden. Auffällig ist auch die geringe Zahl der weiter verarbeitenden Werke in der Metallindustrie. Die dominierende Stellung von Bergbau und Hüttenwesen kommt am treffendsten zum Ausdruck in den Zahlen, mit denen die Belegschaften beider Gruppen am Arbeiter-gesamtwortstand des Saargebietes beteiligt sind. Es treffen von etwa 100.000 Beschäftigten des ganzen Reviers auf den stählischen Bergbau allein 45.000, auf die Hütten- und Metallindustrie etwa 27.000 Mann. Siebenundzwanzigttausend Metallarbeiter, die nahezu alle der Organisation erst gewonnen werden müssen, die aber gewonnen werden, wenn auch erst nach Überwindung von tausend Schwierigkeiten und Widerständen der verschiedensten Art. Dem unser Kollege an der Saar bildet in organisatorischer Beziehung ein recht ungeeignetes Material. Sein konserverativer Sinn macht ihn mißtrauisch gegen alles Neue und Ungewohnte, er fesselt ihn auch an die Scholle. Betrug die Heimat ihn auch nur ein kümmerliches Leben zu bieten, so fesselt der Arbeiter des Saargebietes doch stets zurück vor dem Versuch, sich anderswärts eine bessere Existenz zu gründen. Dem meist ungelerten Arbeiter der Hüttenwerke scheint die Schwierigkeit, anderswo ein Fortkommen zu finden, zu groß, er leht deshalb bei jedem Arbeitswechsel ins alte Loch zurück. Und wenn er, wie in den Saarhütten, sich aller Persönlichkeit, alles Selbstbewußtseins entledigen muß, wenn bei qualvoller Arbeit und jämmerlichem Lohn seiner Menschenswürde tagtäglich ins Gesicht gespielen wird: der Metallarbeiter an der Saar tröpft sich mit dem Gedanken, daß es Bader und Orpheimer nicht besser ging, daß er noch Tausende von Schicksals-gewissen hat und daß er die paar Jahre seines Lebens schon herumbringen werde.

So denken die Alten, so denkt der größte Teil der Jungen, so befehrt wurde und wird dadurch natürlich nicht. Die paar Kollegen, die etwas weiter blühen und moderner Aufklärung zugänglich waren, hatten die Hüttenhütten durch ein ebenso raffiniertes wie schamloses Epistelssystem immer bald herabgebracht. Sie flozen es herum und aus den Betrieben, zur Abschreckung für alle anderen. In den Saarhütten bedeutet aber heute noch die Unterordnung eines

„Heger's“ seine Verurteilung im ganzen Gebiet. Wer entlassen wird, kann auswandern oder — zum Schutz an seiner Klasse werden und es bleiben. Hunderte der Besten mussten ziehen, wenige blieben und treiben sich heute noch mit anderem Lumpengestühl stets dort herum, wo Arbeiter zusammenkommen. Wer Kerle kennen lernen will, wie sie die sozialistengesetzliche Zeit, in glücklicher Weise nur wenigen Exemplaren, zum Schaden der deutschen Arbeiter hervorgebracht hat, der komme ins Saargebiet. Dort findet er in fast jeder Versammlung ein paar Burschen, die das Rotwerden längst verlernt haben, die kalten Blutes jeden, selbst den eigenen Bruder ins Angicht stürzen. Nicht immer sind es natürlich die besoldeten Spitzel der Götten, die den Hüttenmann ans Messer liefern. Das Saargebiet kennt auch Spitzel, deren sich eine Gewerkschaft so leicht nicht erwehren kann. Doch derlei kommt auch anderwärts vor und der Arbeiter des Saargebietes hat für solche Subjekte natürlich nur Verachtung übrig, so gut wie jeder anständige Mensch, sei er selbst Unternehmer und der Arbeiterchaft feindlich gesinnt.

Die Hüttenherren in Saargebiet denken natürlich anders. Je mehr solch nützlicher Elemente das einzelne Werk besitzt, desto größer ist die Freude, und ginge es nach den Scharfmachern und ihren Helfershelfern, müßten alle Arbeiter der Hütten Kreaturen der geizigen Art sein. In Versuchen, die ganze Arbeiterschaft zu demoralisieren, ließ man es ganz gewiß nicht fehlen. Alle „Fürsorge“, die die Hüttenherren ihren Sklaven angeheihen lassen, stellt ja im Grunde genommen nur einen einzigen solchen Versuch dar, einen Versuch, der leider nicht in dem Maße erfolglos blieb, wie es im Interesse der Arbeiter zu wünschen war. Pensionskassen, Zwangsparzellen, Werkkonsumvereine, Kantinen, Arbeiterwohn- und Logierhäuser, Altersprämien, Bauprämien, Kaffeeküchen, Einrichtungen zum Suppentransport, Landwirtschafts- und Kochschulen für Arbeiterkinder, Wöchnerinnenheim, Milchsterilisationsanstalten, Ferienkolonien u. s. w. — all das dient ja schließlich doch nur dazu, den Arbeiter unter die Botmäßigkeit der Hütte zu bringen, ihn kraft- und willenlos, zum Jämmerling zu machen. Und Hüttenvereine, Werkkapellen, Hüttenuniformen u. s. f. werden doch höchstens einen Stempelstempel, der niemanden mehr schadet, aber auch niemanden weniger anfeindet als gerade den Saarfläwen.

Eine Rettung vor Wollstapen gibt es natürlich nicht leicht, und wo der einzelne sich instinktiv scheut, ins Joch zu kriechen, da hilft gelindes Zureden allemal. Haus, Feld- und Viehbesitzer haben wir deshalb unter den Arbeitern des Saargebietes in ziemlich Anzahl. Natürlich Besten, die um das, was sie in einem Menschenalter sich abgearbeitet und erborgt haben, kein richtig denkender Arbeiter beneiden wird. Durchs ganze Leben eine Kugel am Beine zu schleppen, auf jeden Eigenwillen zu verzichten, in allen feinen Entschlüssen durch seinen „Besitz“ gehemmt zu sein, findet eben glücklicherweise doch nicht jedermann angenehm, selbst dann nicht, wenn wie im Saarrevier in tausend Vereinen und Gesellschaften Gelegenheit gegeben wird, sich sonst zu „betätigen“. Denn dafür, daß der Arbeiter das wenige, was ihm an Energie geblieben ist, wirkungslos verpuffe, sorgt das Unternehmertum mit allem Fleiß. Der ganze Apparat der besserbezahlten Kapitalkräfte und sonst abhängiger Leute ist darauf bedacht, vor allem in den Kriegervereinen eine den Brotherrn genehme Gesinnung zu züchten. Der den organisierten Arbeitern aus Traktaten und preussischen Volksschulbüchern bekannte Patriotismus wird im Saargebiet in ungeheuren Mengen verpakt und die Unternehmer betrachten jeden Sonntag als verloren, an dem sie nicht „ihren“ Arbeitern das Gelübde vaterländischer Treue abgenommen haben. In tausend Variationen muß unser Kollege die Erzählung der bei Spichern geschehenen Heldentaten über sich ergehen lassen, was Wunder, daß er dabei vergißt, wie beschämend wenig die Ereignisse jener Tage den Arbeitern eigentlich gebracht haben. Die Kriegervereine sind auch mit die Pfingststätten der Gesinnung, die den Saargebietarbeitern in jedem Morgenstunden einen halben Hergott erschließen, ihn die Hand küssen läßt, die ihn eben erst geächtigt hat. Erniedrigen sich doch mitunter Saargebietarbeiter soweit, daß sie für heute empfangene Prägeln morgen dem Meister ein Hähnchen, ein Stück Rauchfleisch oder ähnliches mitbringen. Gibt es doch im Saarrevier Vorgesetzte von solcher „Beliebtheit“, daß sie gar nicht imstande sind, alle die Familienfehlheiten ihrer Untergebenen (Hochzeiten, Kindtaufen, Kommunionen, Kirchweihen, Schlachtfeste u. s. w.) besuchen zu können. Selbst doch so manchem Arbeiter das Gefühl dafür, daß es eine Schande ist und bleibt, durch Hergabe von Präsenten an die Meister sich einen guten Afford zu erschleichen.

Das sind eben die Früchte der Erziehung, die Unternehmer, Behörden und Geistlichkeit im Saargebiet dem Arbeiter zuteil werden lassen. Neben der „Fürsorge“ seines Brotherrn erfreut sich unser Kollege nämlich auch noch des besonderen „Schutzes“ der staatlichen Behörden, voran des Schutzes der königlich preussischen Polizei und Gendarmerie. Der behelmte Schutengel behütet den Hüttenmann innerhalb und außerhalb der Werke, beim Kaffeetrinken wie beim Bier, an Tischen und belebten Orten, bei Spaziergängen, in Versammlungen, bei Tag und Nacht. Der Mann der preussisch-deutschen Ordnung wacht über unsern Kollegen auf allen seinen Wegen, er belehrt ihn über seine Militär- und Steuerpflicht, über Rechts- und Einseitigen, er brüht dem Bürgermann den Daumen aufs Auge, wenn er sich untersteht, durch Hergabe eines Solals die Arbeiter zum Zeitungslesen, Diskutieren oder ähnlichem zu animieren. Der kleine Mann hütet sich deshalb im Saargebiet viel mehr als sonstwo, mit dem Arbeiter in näheren Verkehr zu treten. Er kennt die Allmacht der Polizei und weiß, daß vor ihr etwa vorhandene soziale Interessengleichheiten zu schweigen haben. Der Anteilnahme bürgerlicher Kreise an seines Lebens stürzestichlichem Zustand war der Saargearbeiter deshalb entbehren. Um so reicher wird ihm dafür das Mittel all der Frommen im Lande zuteil. Über mageren Trost und leere Worte ist dieses Mittel freilich bis heute nur ein einziges Mal hinausgekommen und dieses einzige Mal kostete den Saargebietarbeitern ihre Organisation, den 1889er Rechtschuttsverein. Am in Arm mit dem Saargebietlichen Hilfer- gerümmerte damals die Geistlichkeit diesen Verein und damit der Arbeiterschaft das Adigrat. Um so eifriger ging dann ans Werk zur Gründung von Lehrlings-, Gesellen-, Arbeiter- und Volkvereinen. Heute zählt man im Saargebiet deren sicher einige Hundert, fast alle machen in Kulturkampf oder präparieren Stimmvieh für die Zentrumspartei. Dem Arbeiter müssen sie bei seinem Streben nach einer besseren Existenz nicht das geringste. Die Geistlichkeit hat aber durch diese Vereine den Einfluß in der Arbeiterschaft gewonnen, den sie ersehnte, vor allem, um ihre politischen Pläne verwirklichen zu können.

Nach langer, von Stumm und feiner Nachfolgern gut benützter Pause, siehe dann endlich die Agitation der Gewerkschaften im Saargebiet wieder ein, und prompt schritt auch der Akzent zu Gegenmaßnahmen. Mit Nachdruck wurden die katholischen Jesuitenorden der Verfallung propagiert und bald fanden auch die christlichen Gewerkschaften Wünsche-Gladbacher Richtung Eingang.

Im Saargebiet das gleiche Spiel wie anderwärts! Unsere Agitationsarbeit ruft, sobald sie weit genug gebieten ist, die frammen Jesuitlitteratur auf den Plan. Im Saargebiet glauben die christlichen Sanfter und Zuchtschüler ein ihnen zugehöriges Feld der Tätigkeit gefunden zu haben. Dort, wo maßlose Brutalität und Herrschankel der Scharfmacher es den christlichen Gelben gestatten, sich als Schächer des arbeitenden Volkes, als Anhänger demokratischer Einrichtungen aufzuführen, scheint denn auch die christliche Saat auf dem Boden zu fallen. Auf man nämlich den katolischen Jesuiten der Brute, die

„nie lügen“, Glauben schenken, dann zählt der Gewerksverein der Vergleiche im Saargebiet heute allein schon weit über 10000 Mitglieder und auch der christlich-soziale Metallarbeiter-Verband schickt sich an, in seiner Saargebietsmittelschaft den christlichen Gesamtverband zu überfüllen. Die Dummheit der Scharfmacher hat ihm in den letzten Wochen die Hosen in die Röhre gejagt, so daß die Christen den Mund jetzt gewagt vollnehmen können. Unterdes feiert Scharfmacherstrategie Dr. Alexander Lillie mit seinem Stabe wahre Orgien. Ein Herauswurf folgt dem anderen. Arbeiter, Angestellte, Beamte, ja die Bürgermeister der Saarstädte geraten unter die Räder und zum Schluß hängt Alexander sämtliche tarifstreuen Druckerbesitzer den Broitkorb gewaltig hoch. Die Menschenrechte „fliegen in die Kumpellammer, woht sie längst gehören“, und das alles nur, um die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie aus dem Saargebiet fernzuhalten. Armer Dr. Lillie, wenn nun der „schwarzen Vorfrucht“ die „rote Frucht“ doch folgen würde? Halte ja treulich Wacht, denn seit 13 Jahren zum erstenmal finden die großen Kämpfe der Arbeiterklasse im Saargebiet wieder ein Echo!

Scharfmacher im Westentaschenformat.

Vor uns liegen die Nachrichten des Verbandes deutscher Schlosserinnungen Nr. 217 vom 1. Juni 1906. Die ganze Nummer dieses Blättchens ist ausgefüllt von Einladungen zum XXI. Deutschen Schloßfertag, der vom 8. bis 10. Juli in Augsburg tagen soll. Ein „herr. Kollege“ produziert sich sogar als Sonntagsreiter auf dem Pegasus. Öffentlich versteht der „Dichter“ mehr von der Schloßerei als von der Dichterei. Daß es im Programm auch nicht an den obligaten Festlichkeiten fehlt, versteht sich von selber. Uns interessiert aber in erster Linie der Aufruf, „an alle unsere Schwesterinnungen, an alle werten deutschen Schlossermeister in- und außerhalb des Verbandes“. Darin heißt es zu Anfang:

„Wohl ist es niemals leicht gewesen, für diesen einladenden Aufruf den rechten zündenden Ton zu finden, um die lieben Kollegen in Nord und Süd, in Osten und Westen des Vaterlandes für die so notwendige Interessenvertretung zu erwärmen, in diesem Jahre aber dürfte die Schwierigkeit eines solch läßlichen Beginneus erst recht nicht leicht zu überwinden sein, denn — die Zeit ist ernst, nach gewissen Richtungen hin ernster als je zuvor!“

Im — bisher war man der Meinung, daß, wenn die Zeit „ernst“ ist, der „rechte zündende Ton“ sich schon von selber einstellt. Bei dem Herrn Verfasser scheint es nach seinen Ausführungen umgekehrt zu sein. Wir wollen es ihm aber weiter nicht nachtragen, daß ihm zu Anfang schon gleich die Logik ausgerückt ist. Sicher glaubt aber der Verfasser den „rechten zündenden Ton“ gefunden zu haben. Außerdem sind ja auch die Schlossermeister in puncto Logik nie von ihren „Führern“ verwöhnt worden. Also Achtung, der „rechte zündende Ton“ kommt!

Eine vaterlandslose, den Umsturz aller geordneten Verhältnisse in Staat und Stadt, in dem wirtschaftlichen und im Familienleben anstrebende Partei hat gerade in diesem Jahre alle Hebel in Bewegung gesetzt, die Macht ihrer Organisation den Arbeitgebern (!) fast aller Berufsbranchen fähig zu lassen. Der ungezügelt, durch eine wenig energische Wirtschaftspolitik und durch die nahezu nur der Arbeiterschaft gewidmete Fürsorge seit Jahrzehnten künstlich groß gezogene Terrorismus hat es namentlich in neuester Zeit verstanden und es fertig gebracht, nicht allein der Metallindustrie und unserem Handwerk schwere Wunden beizubringen, sondern auch den immerhin noch großen Teil der Arbeiter und Gesellen, die bisher vernünftig genug waren, in treuer Pflichterfüllung mit ihren Arbeitgebern Hand in Hand zu gehen, gegen diese letzteren aufzuheben und sie teilweise hinüberzuziehen in ihre „allein seligmachende“ Organisation. Die Erfahrung hat es in der letzten Zeit mehr als je gelehrt, wie diese jeder gefunden Entwicklung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens feindlich gegenüberstehende Bewegung vor keinem Mittel zurückzuckt, das geeignet erscheint, ihre Herrschaftsgelüste zu befriedigen, ihre Macht zu stärken und zu fördern.

Nicht vor der Werkstatte des im Frieden mit seinen Leuten arbeitenden Handwerkermeisters, nicht vor dem durch scharfe gesetzliche Bestimmungen der speziellen Fürsorge des Meisters zugewiesenen Lehrling, ja selbst nicht vor dem Betrieb der staatlichen Werkstatte macht die Bewegung halt, nein — sie alle sollen dem Machtgebot dieser gewissenlosen Führer folgen, deren kategorischen Weisungen sich fügen, selbst wenn sie, das folgenschwere, eigene Unheil voraussehend, sich weigern wollten.

Daß wir so ausführlich zitiert haben, ist nur geschehen, um dem etwaigen Vorwurf zu begegnen, daß wir einzelne Sätze aus dem Zusammenhang gerissen hätten, keineswegs aber aus dem Grunde, daß wir es für notwendig halten, besonders dagegen zu Felde zu ziehen. Dieses ist schon oft genug geschehen. Der Verfasser hat sich nicht damit begnügt, einen eigenen Gedanken zu produzieren; er hat nur das wiedergegeben, was andere Scharfmacher schon vor ihm gesagt haben. Er würde in schwere Verlegenheit kommen, wenn er für seine abgemachten Behauptungen den Beweis antreten sollte, es sei denn, daß er wieder Anleihen bei den verschiedenen „Geistesgrößen“ des Scharfmachertums macht. Aber nicht einmal ordentlich abschreiben kann der gute Mann. Sein „Geisteskind“ ist nur ein sehr verhöfelter Abklatsch der Scharfmachertiraden.

Als eine der Hauptaufgaben des „Schloßfertags“ wird „die Stellungnahme des Handwerkes gegenüber der immer gefährdender (!) werdenden Lohn- und Streikbewegung und deren Konsequenzen“ bezeichnet. Der Verfasser läßt sich weiterhin folgendermaßen vernehmen:

„So wehe es dem Vorstand selbst tut, an dieser Stelle zunächst einsehen zu müssen, so bitter not tut es, bei dieser Gelegenheit voll und ganz einzutreten für die Wahrung unserer Autorität in der eigenen Werkstatte, einzutreten für alle möglichen Maßnahmen gegen Vergewaltigung von jener Seite und einzutreten für unbedingte, pflichttreue Solidarität, für einmütiges geschlossenes Zusammenstehen aller Arbeitgeber gegenüber dem rücksichtslosen Terrorismus der sogenannten „Arbeiterführer“!“

Der Verfasser dieses „Aufrufs“ scheint es für ein unantastbares Privilegium aller Arbeitgeber zu halten, laub und bind zu sein gegen alles, was rund um sie her vorgeht. Welcher Anfang ist schon von den Scharfmachern mit Schlagworten wie: „Der im Hause sein“, „Autorität gegenüber den Arbeitern“, „Terrorismus der Heger“ z. getrieben worden! Nicht zum mindesten haben diese Schlagworte zu Anfang der gegenwärtigen Formerbewegung herhalten müssen. Diese Schlagworte haben aber bei den Metallindustriellen sehr viel von ihrer „überzeugungskraft“ verloren. Statt dessen machte sich aber etwas anderes bemerkbar. Statt über den „Terrorismus der Arbeiterführer“ zu jammern, saßen sich etliche Unternehmer veranlaßt, öffentlich kundzugeben, daß sie nur auf Geheiß ihrer Verbandsleitung gegen die Arbeiter vorgehen. Als besonders drastisches Beispiel dieser Art siehe die Bekanntmachung der Firma Lang in Wamheim in voriger Nummer der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 189). Weiter — o Schicksalstüde — ist ein berühmter „Ausperrungsstreiker“ genötigt gewesen, in Hannover mit als Friedensengel zu wirken, damit die von den Scharfmachern verhehten Unternehmer sich veranlassen lassen, den gerechten Forderungen der Formere entgegenzukommen. Auch die Arbeitgeber-Zeitung, das Zeit- und Wochenblatt der

Scharfmacher verschiedener Couleur, hat es schon seit einigen Wochen gar nicht mehr fertig gebracht, in der bekannten unverfrorenen Weise den Schleifstein zu drehen. Dies ist natürlich nicht von ungefähr geschehen, sondern einer Reihe von Unternehmern wird dieses fortwährende Phrasengeflüster zu dumme geworden sein.

Der Verfasser scheint aber dies alles verschlafen zu haben. Er macht unentwegt seine Schleifsteinmusik, um die Schlossermeister dahin zu bringen, die „Autorität in der eigenen Werkstatte“ den Scharfmachern zu überliefern und sich deren wirklichem Terrorismus zu verschreiben, statt mit den Arbeitern ein annehmbares Abkommen zu treffen.

Im übrigen enthält der „Aufruf“ nichts, worauf wir noch besonders eingehen müssen. Noch ein paar Worte über die Tagesordnung. Bei verschiedenen Punkten werden sich ohne Zweifel die Scharfmacher vordrängen. (Punkt 3: Wie schützt sich das deutsche Handwerk gegen die zunehmenden Verschärfungen der Lohnbewegungen? Punkt 4: Die anzustrebende Befestigung beziehungsweise Abänderung des § 152 der Gewerbeordnung — der Referent scheint sich anscheinend, der Öffentlichkeit seinen Namen kundzugeben. — Punkt 5: Sollen wir mit unseren Gesellen Lohnstarke abschließen? Punkt 10: Die Aufnahme der Streit- und Sperrklausel in die Lieferungsverträge.) Verschiedene Punkte sind natürlich vom einseitigen juristischen Interesse diktiert. Es sind aber doch noch mehrere Punkte vorgezogen, bei denen es den Nichtscharfmachern und den Nichtjuristen möglich sein wird, nützliche Arbeit zu verrichten, das heißt, wenn sie nicht überstimmt werden. (Punkt 9: Die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz durch freie Vereinigungen der Meister außerhalb der Innung. Punkt 11: Der Sechshourtag, betreffend die Sicherung der Bauforderungen. Punkt 12: Die Neuordnung des Verdingungswesens in Preußen.)

Es ist — auch vom Standpunkt der Arbeiter — sehr zu begrüßen, daß die Schlossermeister sich organisieren. Wünschenswert wäre es allerdings, daß die Scharfmacher und die Juristen nicht die Oberhand erhalten. Das kann vermieden werden, wenn die übrigen Schlossermeister ebenfalls auf dem Posten sind. Schon in einer Reihe von Orten sind Tarife abgeschlossen worden, die sich so gut bewährt haben, daß man nur die weitere Ausdehnung des kollektiven Arbeitsvertrags im Schloßergewerbe wünschen kann.

Noch einen Wunsch haben wir. Obwohl das „patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Geselle“ auch im Schloßergewerbe längst in die Brüche gegangen ist, ist der Unternehmer doch fast stets nicht so unnahbar für den Arbeiter wie in der Großindustrie. Es wäre darum wünschenswert, wenn die in den Schloßereien beschäftigten Kollegen den Unternehmern hin und wieder die Metallarbeiter-Zeitung zur Einsichtnahme vorlegten, damit sie auch einmal etwas anderes erfahren. Die von ihnen gehaltenen Innungsblätter teilen ihnen den Sachverhalt doch nur in höchst einseitig dargestellter Weise mit.

Die Verhältnisse in den Eisgießereien Nordamerikas.

Es dürfte gerade jetzt erwünscht sein, zu hören, unter welchen Verhältnissen die Gießereiarbeiter in Nordamerika arbeiten. Meine Quelle behandelt die Zustände von vier Gießereien in Shenectady, die alle mit Maschinenfabriken verbunden sind. In einem Betrieb, der General Electric Co. gehörig, sind circa 12000 Personen beschäftigt. Die anderen drei sind kleinere Betriebe mit 420, 400 und 150 Arbeitern. In den vier Gießereien arbeiten zusammen 654 Formere nebst 927 Hilfsarbeitern; sie verteilen sich auf die einzelnen Branchen wie folgt:

	1. Betrieb	2. Betrieb	3. Betrieb	4. Betrieb	Insgesamt
Sandformer . . .	278	84	15	70	447
Metallformer . . .	43	—	1	4	48
Maschinenformer . . .	133	26	—	—	159
Kernmacher . . .	90	60	5	80	185
Schmelzer . . .	87	18	8	5	68
Gußpußer . . .	85	30	5	14	134
Zimmerleute . . .	14	11	—	—	25
Schlosser . . .	10	6	—	—	16
Kranführer . . .	15	12	—	4	31
Nachtarbeiter . . .	—	—	—	16	16
Sonstige Hilfsarbeiter	230	165	9	53	457
Zusammen:	935	412	38	196	1581

Außerdem sind noch 55 Lehrlinge beschäftigt; sie traten erst mit 18 Jahren in die Lehre.

Alle Gießereien stehen mit dem Fachverein der Formere in einem Vertragsverhältnis. Von dem größten Betrieb wird berichtet: „Alle Jahre im Mai macht die Union Kontakt mit dem Geschäft.“ In allen Betrieben dürfen nur organisierte Arbeiter eingestellt werden. Weiter darf auf zehn Formere nur ein Lehrling kommen. Ohne Zustimmung des Werkstättenkomitees darf niemand entlassen werden.

Die Arbeitszeit ist vertragsmäßig 9 und 10 Stunden lang. In einer Gießerei mit 935 Arbeitern wird von früh 7 Uhr bis nachmittags 1/5 Uhr gearbeitet mit einer Unterbrechung von einer halbstündigen Pause von 12 bis 1/5 Uhr. Das Gießen ist um 5 Uhr beendet. Jeder Formere, der nach 1/5 Uhr noch andere Arbeiten verrichtet als Gießen, wird von der Gewerkschaft mit 25 Dollars bestraft. Machen sich Überstunden nötig, so wird jede Stunde nach 1/5 Uhr zu 75 Minuten verrechnet und am Sonnabend nach 12 Uhr mit 90 Minuten. Das ist ein Zuschlag von 2 bis 50 Prozent.

In der zweiten Gießerei, wo 412 Arbeiter beschäftigt werden, wird 9 1/2 Stunden gearbeitet, von früh 7 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, mit einer halbstündigen Pause. Das Gießen dehnt sich bis 1/5 Uhr aus. Niemals wird aber nach 1/3 Uhr noch geformt. Wer abgepöffen hat, geht nach Hause.

In einer kleinen Gießerei, wo 48 Arbeiter tätig sind, wird von 7 Uhr bis 1/5 Uhr, mit einer halbstündigen Pause, gleich 9 Stunden gearbeitet. Das Gießen ist hier vor 1/5 Uhr beendet. Um 3 Uhr wird mit dem Einformen Schluss gemacht. Wer fertig ist, muß die Fabrik verlassen; wer nicht geht, den muß der Meister laut Kontrakt entlassen. Der Lohn wird für zehn Stunden voll bezahlt.

In der letzten Gießerei mit 196 Arbeitern wird von 7 1/2 bis 6 Uhr, unter Einhaltung einer einstuündigen Pause, also 10 Stunden gearbeitet. Das Gießen ist gewöhnlich um 5 Uhr oder 1/5 Uhr zu Ende. Von 4 Uhr ab muß jeder, der abgeschlossen hat, die Fabrik verlassen bei Vermeidung einer Strafe von 20 Dollars. Der Lohn wird auch hier für 10 Stunden voll bezahlt.

Der Lohn für Formere und Kernmacher beträgt im Minimum 3 Dollars pro Tag und darf den Höchstfuß von 4 1/2 Dollars nicht übersteigen. Die Hilfsarbeiter verdienen 1 1/2 Dollars pro Tag. Die Preise bei Stückarbeit setzt das Werkstättenkomitee fest; es sind hierfür eine Anzahl Bestimmungen getroffen. Alle Beträge sind gesetzlich festgelegt und müssen streng eingehalten werden. Auf Übertretung steht schwere Strafe. Die Überwachung der Einhaltung des Vertrags liegt dem Komitee ob, das auch das Quantum einer Tagesarbeit festsetzt. Wer das festgesetzte Quantum überschreitet, wird mit einer hohen Strafe belegt oder aus der Union ausgeschlossen. In letzterem Falle hält es schwer, in Nordamerika Arbeit zu bekommen. Das Komitee hat auch darauf zu achten, daß das Material, das der Formere braucht, stets zur Hand ist. Ferner nimmt das Komitee die Beschwerden der Arbeiter und Beamten entgegen und schlichtet sie.

Die Arbeitsmethode ist möglichst praktisch. Maschinen und Modelle sind in gutem Zustand. Die Arbeitsteilung ist so weit wie möglich durchgeführt. Dadurch wird es dem Formere ermöglicht, dreimal so viel zu leisten wie in Chemnitz, ohne daß er sich mehr anstrengen hätte. Geformt wird nur auf dem Boden oder auf der Maschine. Die Formkästen sind meistens aus Holz. Arbeiter, die

Diese auf den Platz bringen und wieder fortzuschaffen, sind genügend vorhanden. Die Eisen- sowohl wie die Holzstäbe sind stets grundaufreißfähig, während der Chemnitzer Former oft halbe, auch ganze Tage warten oder seinen Resten selber verbauen muß. In den amerikanischen Gießereien sind die Modelle sehr gut und praktisch eingerichtet. Der Former hat, wenn er das Modell herausgezogen hat, fast nichts an der Form zu tun. In den Chemnitzer Gießereien sind die Modelle häufig mangelhaft; speziell trifft das auf die sogenannten Handels-gießereien zu, wo der Besteller die Modelle liefert. In Amerika hat jeder Former einen Handarbeiter, der ihm helfen muß. Gernammelt wird mit zwei Händen, größere Flächen werden mit Preßluftstrahlern gestampft. Oberflächen werden nicht von unten, sondern von oben ausgebeißert; Raffen bis zu fünf Metern Länge und Breite werden am Kran herumgedreht. Auch an der Maschine wird Preßluft verwendet. Gipsplatten gibt es nicht, alles ist in Holz getrieben oder daraufgeleitet, so daß die Modelle zum Herunternehmen sind.

Die Hilfsarbeiter an der Maschine schaufeln nur Sand. Der Maschinenformer, der auch gelernter Arbeiter ist, stampft einmal mit dem Schaufelstiel, dreht den Hebel herum und der Krasten schnell an die obere Platte, so daß er fest genug wird. Das Maschinenformen ist eine schwere Arbeit, weshalb nur bis 2 Uhr geformt wird. In den zwei größten Gießereien darf kein Former Eisen tragen, wird alles mit Kran oder mittels Lorries auf den Platz gebracht. Um den Fachleuten die Möglichkeit zu geben, Vergleiche anzustellen, seien hier die Hebevorrichtungen der vier Gießereien aufgeführt: Erster Betrieb: 454 Former, 20 elektrische Stehkräne, 14 elektrische Laufkräne.

Zweiter Betrieb: 110 Former, 10 elektrische Kräne, 12 Drehkräne, mit Preßluft angetrieben, 4 elektrische Fördereisen.

Dritter Betrieb: 16 Former, 3 Drehkräne.

Vierter Betrieb: 74 Former, 3 elektrische Kräne, 9 Dreh- und Laufkräne mit Windantrieb.

Der Guß wird in allen Gießereien des Nachts ausgeleert, auch der Sand wird nachts geschauvelt. Formen trocken man auch nachts. Die Kernsifen werden nicht geöffnet, sondern nur die Früher herumgezogen. Die Gusspuffer haben keine Hämmer, sondern Meißel mit Preßluft. Die Schutzvorrichtungen sind in gutem Zustand, und die Ofen sind so eingerichtet, daß für die daran beschäftigten Personen nichts zu befürchten ist.

Um ein Beispiel der Arbeitsteilung in Syenectady zu geben, sei auf das Lokomotivwerk hingewiesen. Dort werden jeden Tag 10 Zylinder hergestellt. 20 Former sammeln auf, je vier Mann schaufeln zwei Stück an einem Tage. Zehn Helfer schaufeln Sand und Wasser. Der Lohn für die Aufsammler beträgt 3,75 bis 4,25 Dollar pro Mann, je nach Größe der Zylinder. Acht Former füllen und sind schweißend, von denen jeder 3,75 Dollar an Lohn erhält. Eine Stadt trocken die Former und anderen Tages legen 10 andere Former die Kerne ein und setzen die Kräfte zu. Der Lohn für diese Arbeit beträgt 4 Dollars pro Tag. Ausschub kommt wenig vor; unverschuldet wird bezahlt. Ausschub, der durch eigenes Verschulden des in Arbeit arbeitenden Formers entsteht, darf nicht unter dem halben Preise bezahlt werden; größtenteils wird aber in Lohn gearbeitet.

Antreiberei kennt man dort nicht, wo auch sonst die Behandlung gut zu nennen ist. Ein Meister, der sich um einen Arbeiter oder Lehrling täglich vergehen würde, würde sicher sein, am nächsten Morgen aufgehängt zu werden. Der Verkehr zwischen Meister und Arbeiter ist überaus höflich, wobei bemerkt sein soll, daß kein Arbeiter vor einem Meister den Hut zieht. Das Gräßen geschieht nur durch den Landwärtigen Halle-Haus.

Auch auf die Arbeiter wirkt die Union, das heißt die Gewerkschaft, ein. Schlägerei zwischen Formern wird streng bestraft. Die Heizung ist in zwei Gießereien Luftheizung, in einer Dampf- und in einer vierten Dampf- und Luftheizung. In drei Gießereien ist diese gut, nur in der kleinste Gießerei ist sie ungenügend. Ofen oder gar Kohlenofen existieren nicht.

Die Belüftung ist in allen Gießereien elektrisch und genügt den Anforderungen. Ventilation ist in allen Gießereien genügend vorhanden; über einen Betrieb wird berichtet, daß dort Gehäusungen nicht angewandt seien, wohl aber Rohre, wodurch im Sommer kalte und im Winter warme Luft in die Arbeitsräume gelassen werde.

Die Lohnzahlung erfolgt allmählich, in zwei Fällen freitags von 4 bis halb 6 Uhr, in einem Falle samstags von 3 bis halb 5 Uhr, im vierten Falle wird der Lohn ebenfalls samstags nachmittags den Leuten auf dem Arbeitsplatz ausbezahlt.

Auch ist eine Regelung der Fehlgänge geschaffen. Der Arbeiterauschub, der von den Arbeitern selbst gewählt wird, hat nicht nur beratende Stimme in Sachen des Fehlganges, sondern er entscheidet sogar darüber, ob ein Arbeiter entlassen werden soll. Meist geht er den Preis bei Stilllegen fest sowie die Lagerleistung und überwindet den Betrieb.

Vergleichen wir damit nun die Forderungen, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband an die Gießereibetriebe stellt, so deutet man den tatsächlichen Standpunkt der deutschen Unternehmer so recht. Die deutschen Metallindustriellen lehnen es ab, mit den Gewerkschaften zu unterhandeln und geben die Parade aus, mit der Arbeiterschaft nicht unter 10 Stunden heranzugehen. Sie wollen die Gewerkschaften nicht anerkennen, weil diese für die Einführung des Acht-Stunden-Tages eintreten und darum ihren sozialistischen Feind. Die Unternehmer Amerikas dagegen schließen mit der Gewerkschaft Verträge ab, obgleich diese doch gleichfalls den Acht-Stunden-Tag erheben. Man wird niemand behaupten wollen, daß die Unternehmer der Nordamerikanischen Union nicht trachten auf ihre Rechnung hinaus, denn die angegebenen Punkte sind dort die größten Gebührende.

Wichtig ist aber, daß der amerikanische Arbeiter menschenwürdiger lebt als der deutsche. Nicht nur verdient er einen höheren Lohn, sondern auch die Lebensmittel sind billiger als in Deutschland. So kostet in Syenectady ein Pfund frisches Schweinefleisch (es ist allerdings ein Pfund leichter als das deutsche Pfund) 6 bis 12 Cent = 2 bis 5 Pfennige. Die Arbeiter kauft man dort auch billiger, ausgenommen die nach Maß angefertigten, die etwas teurer sind. Eine Wohnung kostet monatlich 12 Dollars = 60 Mk.; sie besteht aus einem Vorzimmer, Küche, Speisezimmer, großer Stube, zwei Schlafzimmern und einem Bade- und Toilettenzimmer. Auch gehört noch ein Keller dazu, der halb so groß ist wie die Wohnung.

Die bessere Lebensweise der amerikanischen Arbeiter zeigt sich auch dadurch, daß in den Gießereien kein Schmutz getrieben wird und außerdem der Fabrik sehr wenig, ein Restes dafür, daß eine gute Gesundheitspflege dem Menschen zu höherer Kultur verhilft.

Diese Schilderung beweist auch, daß die Forderungen der Gießereiarbeiter Deutschlands nicht nur berechtigt, sondern sogar notwendig sind. Die deutschen Metallarbeiter aber müssen sich eine Lehre hienaus geben und durch maßgebenden Beitritt in die Gewerkschaften, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, sich die Rechte verschaffen, auch die es möglich wird, den höchsten Lohnforderungen den Arbeitnehmern mit größtmöglicher Gewissheit des Fortschritts entgegenzusetzen, der in der Folge durch den Fortschritt der Gießereiarbeiter vom Metallindustrie-Verband gegenüber seinen Mitgliedern durch den Fortschritt gewahrt ist und daß den Arbeitnehmern gegenüber stehen wird, so daß diese nicht nur, sondern auch zum Nachteil der Metallindustrie.

(N. N. in der Chemnitzer Volkstimme.)

Sehen wir wiederum ein Gesicht mit beiden verfahren ist; Gehörten erliegen ein Werk, das sie im Lager erhebt. Stellen im hohen Maße erweitert den Blick die Höhe; Reifem und nicht nicht das erste Gesicht.

Fr. G. Richter.

Das wichtigste Element der Bewegung, eine solche, die auf einem höchsten Niveau stehen sollte, ist, wie sich der letzte Gedanke zu einem Ende und der Bewegung zu bewegen vermag, noch nicht vollständig, welches nicht auf die Dauer.

Das ist zu trachten ist charakteristischer als Gründe von Natur zu sein.

Zur Formerbewegung.

Zweiter Bezirk.

Breslau. Die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts, die schon vor Beginn des Streiks in der Maschinenbauanstalt deutlich bekundet hatten, daß sie unter allen Umständen Solidarität üben wollten, haben dem Drängen ihrer Führer soweit nachgegeben, daß sie zu Kreuze gestochen sind. Den Unternehmern war die schmachvolle Rolle, die die Oberhirsche und Generalhirsche spielen, natürlich nicht verborgen geblieben; sie gaben bekannt, daß die Aussperrung für die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen und der christlichen Gewerkschaften aufgehoben worden sei, worauf die Hirsche dem auch die Wiederaufnahme der Arbeit beschloßen. Es waren 670 an der Aussperrung beteiligt. Natürlich ist dieser Beschluß nicht spontan aus den Mitgliedern des Gewerkschafts gekommen, sondern man hat systematisch „Kleinarbeit“ betrieben, um sie soweit breitzuschlagen, bis eine genügende Mehrheit zu dem Unfall bereit war. Wie weit nun die Hirsch-Dunderschen Flammacher im geheimen mit dem Argument operiert haben, ihr „gut fundierter“ Gewerkschaft habe kein Geld mehr, entzieht sich unserer Kenntnis. Tatsache ist aber, daß dieses Gerücht in Breslau so stark im Umlauf war, daß der Breslauer Lokalhirsch-Adel sich veranlaßt sah, in der (am 31. Mai gedruckten) Nr. 126 des Breslauer sozialdemokratischen Organs, der Volkswacht, an auffallender Stelle folgendes Inserat erscheinen zu lassen:

Achtung! Verächtlichung! Achtung!

Da man hier in Breslau von verschiedenster Seite (also auch von Hirsch-Dunderscher. Red. d. Metallarbeiter-Zeitung) das Gerücht verbreitet, der Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Hirsch-Dunder, könne keine Unterstützung mehr zahlen und zwingt seine Mitglieder, Streikbrecher zu werden, sehen wir uns veranlaßt, folgendes zu erklären: Der Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Hirsch-Dunder, zahlt seinen Mitgliedern vom ersten Tage bis zum 26. Woche der Mitgliedschaft eine Unterstützung von 6 bis 13 Mk. pro Woche. Bei einer Mitgliedschaft von über 26 Wochen eine Unterstützung bis 18 Mk. pro Woche, außerdem erfolgt kostenlose Abtransportierung aller Beiträge. Gleichzeitig erklären wir, daß wir diese Unterstützungen ohne Beitragsverhöhung mindestens noch 26 Wochen zahlen können.

S. A. Karl Klabek, Lokalbeamter.

Nachdem nun auf diese Weise die letzten Vorbereitungen getroffen waren, um den Arbeiterverrat — freilich in nicht besonders geschickter Weise — zu beseitigen, machte man den Unfall perfekt. (Deshalb wurde auch nicht berichtet, daß die Mitglieder zum Streikbruch gezwungen wurden.) Als Scheingrund mußte wieder das Gerücht von der Nichtanerkennung ihres Gewerkschafts durch den Metallarbeiter-Verband dienen. Somit hatten die Hirsch-Dunderschen Führer alles getan, was nach ihrer Meinung nötig war, um einen Teil in die Formerbewegung zu treiben. Sie alle hatten aber die Rechnung ohne die Disziplin unserer Breslauer Kollegen gemacht. Diese beschloßen, im Kampfe zu verharren, und der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. Als die Unternehmer sahen, daß ihnen mit dem Streikbruch der Gewerkschaftsmitglieder nicht gedient war (es ist namentlich, daß die Unternehmer die sich zum Streikbruch meldeenden Hirsche wieder fortgeschickt haben) bemerkten sie sich eines Besseren. Es fanden an mehreren Tagen Verhandlungen statt. Nachdem die anfangs sehr unbestimmt gehaltenen Erklärungen der Fabrikanten von den Streikenden für ungenügend erklärt worden waren, erfolgte am 7. Juni annehmbare Zugeständnisse. Die Former erhalten eine Lohnverhöhung von 1 bis 2 Pf. und die Hilfsarbeiter eine solche von 3 bis 4 Pf. die Stunde. Es ist besonders erfreulich, daß für die Hilfsarbeiter, also die am schlechtesten gestellten, ein so gutes Ergebnis erzielt wurde. Unter den Breslauer Kollegen herrscht große Freude über diesen Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als der Oberhirscher Direktor Neumann früher selbst die Aufgabe eines Kommissionsmitglieds, ob auch spätere Zugeständnisse zu rechnen sei, wenn die Arbeit bedingungslos aufgenommen werde, schroff zurückgewiesen hat. Von den Breslauer Gewerkschaftsmitgliedern, die sich auf so schmachvolle Weise geschändet haben, wird vielleicht manches von Scham erfüllt darüber nachdenken, zu welcher unwürdigen Rolle es in diesem Kampfe verurteilt worden ist.

Vierter Bezirk.

Dresden. Bei Seidel & Karman entstanden nach Aufhebung der Aussperrung neue Schwierigkeiten. Die von der Firma angefangen für die Wiederaufnahme der Arbeit zugedachten Bedingungen waren für die Arbeiter so entwürdigender Natur, daß sie von ihnen unangenehm angenommen werden konnten. So sollten sich die Arbeiter einem aus Arbeitswilligen zusammengesetzten Arbeiterausschuß unterstellen; ferner sollten sie warten, bis man sie einzeln durch Postkarte zur Arbeit einludet. In den bürgerlichen Blättern erklärte die Direktion: Nur der wird Arbeit erhalten, der eine Postkarte erhalten hat. Es sollte eben unter den Arbeitern eine Pulse gehalten werden. Da sich die Arbeiter nun auf diese Bedingungen nicht einließen, mußte sich die Firma schon zu neuen Verhandlungen begeben. Nach einiger Zeit schloß sich folgende Abmachung an: Die von den Aussperrten in einer Versammlung am letzten Freitag abgelehnt wurden: Alle ausgesperrten Arbeiter sollen innerhalb 14 Tagen wieder auf ihre alten Plätze kommen. Nur in einzelnen Fällen konnten technischer Schwierigkeiten wegen einzelne Arbeiter noch zehn bis 16 Tage warten müssen. Das Gerücht der Aussperrten soll abtun, was am 5. Juni um 6 1/2 Uhr beendigt wurde. Die Arbeiter der Hirsch-Dunderschen sollten wieder eingestellt werden; im Falle die Forderungen nicht erfüllt werden, sollen die 16 Fabrikarbeiter, um die es sich hier handelt, in die Dunderscher Fabrik eingestellt werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Wiederaufnahme der vereinbarten Bedingungen mit größtmöglicher Arbeitsüberlegung bewerkstelligt werden solle. Man wuschte aber mehrere Kräfte auf eigene Faust Gehörloswerden zu lassen. Ein Beispiel ist die zwischen den Aussperrten und der Direktion vereinbarte Abmachung einzuwickeln. Einige Stunden vor der Wiederaufnahme der Arbeit in den einzelnen Abteilungen sollten sie noch eine Anzahl Unorganisierte ein und erklären dem betreffenden Arbeiter, daß ihre Plätze besetzt seien. Gleichzeitig sollten sie diese Arbeiter wieder nach Hause und aufpassen, daß eine große Anzahl nicht wieder eingestellt werden würde. Diese Bestrebungen der Hirsch-Dunderscher sind natürlich eine große Enttäuschung für die Arbeiter, so daß sich die Leitung des Metallarbeiter-Verbands genötigt sah einzugreifen. Sie wuschte die Arbeiter im Beratung- und Festhalten, die am 5. Juni mittags die Arbeit aufnehmen sollten, damit noch zu warten. Zwischenzeitlich begab sich eine Kommission der Arbeiter zum Generaldirektor. Nach langen Verhandlungen gab die Direktion die Erklärung ab, die Maßnahmen der Hirsch-Dunderschen sind richtig und diese streng anzuwenden werden, darauf zu achten, daß die Wiederaufnahme nach den vorher erzielten Vereinbarungen erfolge. Demzufolge nahmen die Arbeiter am 6. Juni die Arbeit auf.

Sechster Bezirk.

Beer. Nach 15 Wochen haben endlich, da die Hoffnung auf die große Gewerkschaftsaktion zu Wasser geworden, die Unternehmer sich zu Verhandlungen herabgelassen. Bedenkliche Opfer auf beiden Seiten hat es gekostet, bis es soweit gekommen. Mit einer großen Anzahl noch junger Mitglieder wurden wir in den Kampf gedrängt. Die Kollegen haben die Probe unangenehm bestanden, gefaßt und gefestigt gehen wir mit dem Kampfe hervor. Am 1. Juni fanden im Hotel in Beer die Verhandlungsbedingungen statt, deren Ergebnis für uns einen neuen Erfolg bedeutete. Unter dem Vorbehalt des Herrn Generaldirektors Dietrichmann waren vereinbart die Firmen Fabrikanten oder Direktoren der Werke von Beer und Beer, um uns mit jedem Werke fünf Mann. Die wichtigsten Punkte der Verhandlung sind folgende: Die Arbeiter Kollegen, wegen deren Forderungen wir aufgefordert wurden, erhalten bedeutende Zugeständnisse. Das Arbeitsverhältnis wird allen genehmigt, Verhandlungen dürfen nicht stattfinden. Die Forderung eines Metallarbeiter-Verbands werden wir fallen lassen, auch werden Verhandlungen nicht gemacht. Dieser

wurde den Kollegen das Recht zugesichert, vorkommendenfalls ihre Beschwerden direkt bei dem Chef vorzutragen und dazu noch einen beliebigen Kollegen mitzunehmen. Bei Reparaturarbeiten wird der Lohn bezahlt, nach dem dem Arbeiter bisher Krankengeld abgezogen wurde. In hygienischer Beziehung wurde zugesichert, den Wünschen und Beschwerden der Arbeiter entgegenzukommen. Die Wiedereinstellung erfolgt vom 6. Juni an nach und nach, jedoch müssen spätestens in fünf Wochen alle die, die auf Wiedereinstellung reflektieren, untergebracht sein. Wir können sagen: Ende gut, alles gut, und wir hoffen, daß der Verlauf der Bewegung den Arbeitern gelehrt hat, daß es nun ihre vornehmste Pflicht ist, für die Festigung und den Ausbau ihrer Organisation unausgesetzt zu wirken, um zu jeder Zeit den Verband als sichere, nie versagende Stütze im Rücken zu haben. Wir glauben aber auch, daß die Unternehmer die Einsicht gewonnen haben, daß es besser ist, vorkommendenfalls mit ihren Arbeitern in Güte zu verhandeln, als einen Kampf um Sein oder Nichtsein zu führen, dessen Erfolg meistenteils in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Opfern steht. Durch die Besonnenheit unserer Vertreter und das unparteiische Verhalten der Behörden ist Erbitterung so viel als möglich vermieden. Hoffen wir, daß der Friede zum Wohle aller ein dauernder sei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 17. Juni der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. Juni bis 23. Juni 1906 fällig ist.

Hierdurch unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Vorstand in seiner letzten Sitzung nach vorheriger Begutachtung durch den Beirat beschloßen hat, den in Nr. 18 des Verbandsorgans aus-geschriebenen Extrabeitrag von 25 Pf. pro Woche für die männlichen Mitglieder auf die Dauer von 13 Wochen zu erheben.

Kollegen! Wenn auch manchem von euch dieser Beschluß des Vorstandes überrascht und manches Mitglied geglaubt haben mag, daß jetzt, nachdem die Aussperrungspläne der Metallindustriellen schmachvoll Schiffbruch gelitten haben, der Extrabeitrag in Wegfall kommt, so erwarten wir doch, daß sich alle unsere Mitglieder den statutarisch zu Recht gefassten und auf Grund der Gesamtsituation auch berechtigten Beschlüssen des Vorstandes willig unterordnen. Laßt euch nicht durch das Geschrei unserer gegnerischen Organisationen, insbesondere des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter, beirren, die behaupten, daß unser Verband bei der Gießereiarbeiterbewegung eine große Niederlage erlitten habe. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Unsere Organisation hat nicht nur einen großen Achtungserfolg errungen, sondern insbesondere prinzipiell wichtige wirtschaftliche Vorteile für die Mitglieder erreicht. Sie hat den Unternehmern einträglich gezeigt und das wird — sofern alle unsere Mitglieder treu zur Organisation halten und in ihrer Werbetätigkeit für den Verband nicht erlahmen — auch den nachhaltigen Erfolg haben, daß sie einsehen müssen, die Arbeitsbedingungen könnten nicht mehr einseitig und willkürlich von ihnen festgesetzt werden, sondern daß sie zukünftig die Wünsche der Arbeiter berücksichtigen müssen. Daß wir nicht alles erreicht haben, was gefordert wurde, ist sicherlich kein Grund, sich unseres Erfolges nicht zu freuen. Streiks und Aussperrungen in der Metallindustrie sind kein Kinderpiel. Auf beiden Seiten stehen sich wohlgerüstete Organisationen gegenüber. Diejenigen unserer gegnerischen Organisationen, die jetzt unsere Erfolge geistlich zu unfauberen Zwecken und mit schollen Mitteln zu verkleinern und wegzudisputieren suchen, mögen doch erst einmal zeigen, daß sie die Arbeiterinteressen auch wirklich vertreten und nicht nur schöne Worte und hohe Phrasen machen. Trotz des großen Aufwandes an gleichartigen Worten steht geschichtlich und unantastbar das eine fest, daß sie auch bei der Gießereiarbeiterbewegung wiederum einen unerhörten Verrat an den Arbeiterinteressen begangen haben. Denn das von den Mitgliedern des Gewerkschafts verlangte Bekanntnis als Gewerkschaftler kann nicht anders denn als offener Verrat bezeichnet werden.

Kollegen, Verbandsmitglieder! Laßt euch also durch das Treiben unserer gegnerischen Organisationen nicht irre machen und den klaren Blick nicht trüben. Die Erhebung des Extrabeitrag von 25 Pf. auf die Dauer von 13 Wochen ist notwendig. Diese 25 Pf. pro Woche dürfen keinen Verbandskollegen nichtig machen oder ihn in seiner Werbetätigkeit für den Verband erlahmen lassen. Schon müßten die Unternehmerorganisationen zu weiteren Kämpfen. Die schmachvolle Metallindustriellen sind der Leipziger Streikversicherungs-kasse beigetreten. Wenn wir auch nicht allzuviel Wert auf diese Streikversicherungen der Unternehmer legen, so müssen sie doch auch von uns als Zeichen der Kriegserklärung der Unternehmer angesehen und beachtet werden. Deshalb müssen auch wir unsere Rüstung für den wirtschaftlichen Kampf — da es auf Grund der von den Metallindustriellen eingenommenen Stellung nicht anders sein soll — fortgesetzt verstärken. Gefüllte Gewerkschaftskassen, eine große Mitgliedschaft, erfüllt von Opfermut und echter Solidarität, gewähren den ärmsten Schutz gegen Unternehmervillwär und Ausbeutung und sind die besten Mittel zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen unserer Mitglieder.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 2a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dortmund: Der ? Johann Berger, geb. am 6. Juni 1887 zu Hohenberg i. Ostr., Buch-Nr. 823455, wegen Diebstahl und Logischwandel.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hildesheim: Der Arbeiter Karl Huchel, geb. am 4. Januar 1887 zu Hildesheim, Buch-Nr. 702904; der Former Gustav Schmidt, geb. am 5. Februar 1868 zu Zülten, Buch-Nr. 342741; der Former Paul Wad, geb. am 25. Februar 1868 zu Steppen, Buch-Nr. 702923; der Former Karl Debler, geb. am 10. August 1870 zu St. Berge, Buch-Nr. 682647, sämtliche wegen Sperrverbot.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln: Der Former Anton Berg, geb. am 7. Mai 1881 zu Beyringhausen, Buch-Nr. 872244; der Former Johann Krause, geb. am 6. März 1880 zu Geyern, Buch-Nr. 742672, beide wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart: Der Schlosser Kaspar Heinrich, geb. am 15. Januar 1857 zu Baffingen, Buch-Nr. 975556, wegen Demagogie.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Essel: Der Arbeiter Karl Möller, geb. am 6. Juni 1867 zu Oberhohen, Buch-Nr. 675774, wegen Sperrverbot.

Nicht wieder aufnahmefähig ist:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dortmund: Der Schlosser Hans Schröder, geb. am 27. Mai 1886 zu Radeburg, Buch-Nr. 783200, wegen Schädigung des Schutzes.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Zur „Generalausperrung“ im Steinbrudergewerbe. Einen bösen Reinsfall haben die „Leitenden“ Scharfmacher im Schutzverband der Steinbrudergewerkschaft, der Millionär und freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Gerschel und die beiden nationalsozialistischen Freunde des ehemaligen Lithographen Tischendörfer, nämlich die Fabrikanten Freitag in Hannover und Jährig in Leipzig, erlitten. Es trachtete bereits in dem eben gegründeten Scharfmacherverband. Von sechs- und zwanzig Unternehmern in Hamburg erklärten fünf und zwanzig, daß sie die Ausperrung nicht mitmachen. Statt der 8000 Lithographen und Steinbruder, die nach der großprecherischen Ankündigung aufs Pfahler geworfen werden sollten, wurden nur 2900 von der Kündigung betroffen. Es hat sich herausgestellt, daß dem zur Vernichtung des Scharfmacherbundes ins Leben gerufenen Schutzverband von den 2000 Firmen Deutschlands nur 165 angehören. Dabei haben die Scharfmacher mit allen Mitteln des Terrorismus gearbeitet. Der Kommerzienrat Meißner in Leipzig sagte zu den Arbeitern: „So leid es mir tut, Leuten, mit denen ich 30 und 40 Jahre lang gearbeitet habe, kündigt man mich — ich bin durch den Schutzverband dazu gezwungen und nicht mehr Herr im eigenen Hause!“ Mit welchen terroristischen Mitteln man Unternehmer, die nicht mitmachen wollten, zur Ausperrung zu pressen versucht, zeigt die an sie gerichtete Drohung: „Wenn sie nicht mitmachen, dann liefert ihnen der Papiertrust kein Papier mehr und dann sind sie ruiniert.“ Der Papiertrust bedachte sich aber schärfstens, wegen 165 Firmen mit den übrigen 1800 zu brechen. Der Chef der Leipziger Firma Hermann Arnold bemerkte zu einem Unorganisierten, der eine Kündigung mit den Worten begründete, daß er nicht Streikbrecher werden wolle, folgendes: „So? Dann werde ich schon dafür sorgen, daß sie in Leipzig keine Arbeit mehr bekommen werden.“ Ein willkommener Bundesgenosse ist den Unternehmern aber aus den Reihen der Arbeiter entfallen. Im Jahre 1905 beschloßen die Mitglieder des Scharfmacherbundes (der bis dahin lediglich Unterhaltungsverein war) mittels Urabstimmung, zu dem Zentralverband der Lithographen und Steinbruder Deutschlands überzutreten. Bei der Versammlung wurde der Name „Scharfmacherbund“ für die gemeinsame Organisation angenommen. Gegen diesen Beschluß strengten 31 Mitglieder des (bisherigen) Scharfmacherbundes eine Klage beim Landgericht in Frankfurt a. M. an und motivierten sie damit, daß sie sich in Lebensstellungen befinden, also niemals von der Gewerkschaftskasse Vorteile haben würden, daß sie überhaupt nicht mit den Prinzipien der Gewerkschaft einverstanden seien. Deshalb beantragten sie die Ungültigkeitserklärung dieses Verschmelzungsbeschlusses. Die Kläger hatten sowohl beim Landgericht als auch beim Oberlandesgericht Erfolg. Das Statut des neuen Scharfmacherbundes wurde für ungültig erklärt. Damit gaben sich aber die 31 Kläger noch nicht auf. Als die Ausperrung angekündigt worden war, erwirkten sie im geheimen beim Frankfurter Landgericht eine Verfügung, durch die dem Scharfmacherbund jede gewerkschaftliche Tätigkeit und die Anschuldigung der Streikunterstützung untersagt und die etwa eine Viertelmillion enthaltende Kasse beschlagnahmt wird. Durch einen Zufall erhielt der Vorstand Kenntnis davon, was zur Folge hatte, daß die 31 ihr Kochen nur teilweise erreichten. Es wurde darauf sofort in einer Versammlung von Berliner Lithographen eine Gewerkschaftskommission gegründet, die fortan die Funktionen des Vorstandes übernimmt (Präsident: Otto Graßmann, Berlin N., Wilmersdorfer Straße 156). Die Kommission hat bereits eine Bekanntmachung erlassen können, wonach die Anschuldigung der Unterstützung gesichert erscheint. Die Lage, in die die 31 zu setzen der Scharfmacher geworbenen Kläger den Scharfmacherbund gedrückt haben, erscheint als ein Schicksal, das nicht nur die beteiligten Arbeiter, sondern die Gesamtgewerkschaft Deutschlands interessieren wird.

Der Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter hielt vom 27. Mai bis 1. Juni in Mainz seine vierte Generalversammlung ab. Dieser fand eine Konferenz des Straßensperre-, Rastage- und Badepersonal statt. Auch dem Vorstandsbereich ist die Mitgliederzahl seit Anfang 1903 von 7000 auf 22000 gestiegen. Von den 42000 bisher aufgenommenen Mitgliedern sind etwa 20000 wieder abgegangen. 1903 schloß sich dem Verband der Verband der städtischen Arbeiter Würtembergs an, am 1. Juni 1904 der Zentralverband des Rastage-, Bade- und Straßensperrepersonals. Auch und nach schloßen sich auch die Arbeiter der privaten Gaswerke an. Heute hat der Verband bereits 12 Bezirke mit 22 Bezirken. In den drei Jahren hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 419000 M., der eine Ausgabe von 345000 M. gegenübersteht. Das Vermögen beträgt rund 100000 M. Eine lange Debatte entspann sich über die Letzt- und die Grenzgebietstendenzen mit anderen Verbänden. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Generalkommission und den Verbänden der Straßensperre, der Rastagearbeiter und der Gärtnere. Es gelang, wurde folgende Resolution angenommen: „Die in städtischen resp. kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterhaltungsstellen haben ihre wirtschaftlichen Interessen nur durch eine gemeinsame Betriebsorganisation wahren, nicht aber durch Anschluß an die einzelnen Berufsorganisationen. Sollten die einzelnen in Frage kommenden Organisationen sich den betreffenden Verbänden anschließen, so würde dies eine erhebliche Schwächung der gemeinsamen Kraft bedeuten und fast jede einheitliche gewerkschaftliche Aktion unmöglich machen. Aus diesen Gründen heraus kann für die städtischen Arbeiter und Unterhaltungsstellen nur die gemeinsame Betriebsorganisation in Frage kommen. Dieser muß der Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterhaltungsstellen für sich das Recht in Anspruch nehmen, die gemeinsame Organisation für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen zu sein. In den Fällen jedoch, wo andere berufliche Verbände eine anerkannte Organisation für städtische resp. kommunale Arbeiter geschaffen haben und wesentliche Ämter belegen, wird unser Verband diese Rechte respektieren und auf die Zugehörigkeit der fraglichen Personen zu denselben verzichten. Mit diesen Organisationen sind entsprechende Sachverhalte abzuklären und eventuelle Differenzen auf diesem Gebiet durch gegenseitige Verhandlungen bei in Frage stehenden Organisationsangelegenheiten.“ Nach einer weiteren Resolution werden die Gewerkschaften angewiesen, mit den städtischen Gewerkschaften in ihrem Gebiet folgende Forderung zu stellen: „Jeder wurde nach folgende Resolution angenommen: Die Gewerkschaften sowie die Mitglieder der städtischen Gewerkschaften sind verpflichtet, überall da, wo Berufs- oder Industriearbeiter in städtischen Betrieben beschäftigt sind, darauf hinzuwirken, daß der Rastage-, Rastage- und Badepersonal nicht unter dem Vorwand der beruflichen Arbeiter in den Privatbetrieben steht.“ Die Letzt- und die Grenzgebietstendenzen sind in der folgenden Weise zu klären: „Die Letzt- und die Grenzgebietstendenzen sollen die Gewerkschaften, des Rastagepersonals sowie die Mitglieder des Verbandes in den verschiedenen Fragen aufzuklären sein. Der Verband hat erklärt, daß er sich auf dem Boden der in der Generalkommission angenommenen Gewerkschaften gehaltenen Grundsätze stellt. Die letzten Forderungen des Gewerkschaftenverbandes werden von dem Gewerkschaftenverband, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen und kommunalen Betrieben nicht nach kapitalistischen, sondern nach sozialen Grundsätzen zu gestalten sind. Von diesem Gesichtspunkt hat der Verband die Resolution der Gewerkschaften vom Mai 1904 auf. Bei der Entscheidung trat die norddeutsche Delegation im Gegensatz zu den südlichen für einen hohen Lohn und die Erhöhung eines Lohnfonds an. Der Verband wird für monatliche Mitglieder auf 25 M., für weibliche auf 15 M. festgelegt. Die Forderung wurde die Gewerkschaften eine Gewerkschaftsorganisation. Im Hinblick auf die Generalversammlung fand die zweite Gasarbeiterkonferenz statt.

Der Bülthener-Verband konnte sein zehnjähriges Bestehen feiern. Im Jahre 1881 wurde der Verband gegründet. Im Essener-Verband wird wegen der Ausperrung von Frauen an der doppelte Verbandsbeitrag erhoben.

Der Vorstand des Buchbinder-Verbandes gibt wegen der Ausperrung seiner Mitglieder Sammelkisten heraus, auf denen die Mitglieder nach seinem Wunsche wöchentlich eine, zwei oder drei Mark zeichnen sollen.

Der Streik der Schiffer, Maschinisten und Setzer auf der Oder ist für beendet erklärt worden, nachdem die Reedereien versprochen haben, mit ihrem Personal in Verhandlungen treten zu wollen.

Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes schreibt in Nr. 23 der Holzarbeiter-Zeitung neun Beamtenstellen aus. Von diesen sind sieben neu zu besetzen. Es sollen ange stellt werden: ein Hauptkassier, Gehalt 2400 bis 3000 M.; ein Hilfsarbeiter im Verbandsbureau, Gehalt 2000 bis 2400 M.; ein Hilfsarbeiter in der Expedition, Gehalt 2000 bis 2400 M.; zwei Gauvorsteher für den Gau Hamburg und je ein zweiter Gauvorsteher für die Gauen Berlin, Chemnitz, Frankfurt und Stuttgart. Das Gehalt der Gauvorsteher beträgt 2100 bis 2600 M.

Eine Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte während des Pfingstfestes in Magdeburg. Anwesend waren 36 Delegierte. Der Bauarbeiter-Verband war vertreten durch Wehrhahn-Hamburg, der Lötter-Verband durch Brunfel-Berlin, der Fabrikarbeiter-Verband durch Brey-Hannover und Großmann-Magdeburg, die Generalkommission durch Knoll-Berlin. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Ziegeleien. Referent: Großmann-Magdeburg. 2. Die Verbesserung der Lage der Ziegeleiarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen. Referent: A. Brey-Hannover. 3. Die Organisation der Ziegler. Referent: A. Knoll-Berlin. Zum ersten Punkt wurde eine Resolution angenommen, worin für die auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gefordert wird: „1. Eine den wachsenden Bedürfnissen und den gesteigerten Lebensmittelpreisen sowie der Arbeitsleistung entsprechende Aufbesserung der Löhne. 2. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden täglich. 3. Wöchentliche Lohnzahlung und Aufrechnung der Abordnungen; eine höchstens 14 Tage betragende Kündigungsfrist. 4. Beseitigung des Kost- und Logisweseis beim Arbeitgeber. 5. Verbesserung der sanitären Einrichtungen. 6. Größeren Schutz gegen Entkräftungs- und Unfallgefahr.“ Die Resolution zum zweiten Punkt enthält folgende Forderungen: „1. Die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags für alle erwachsenen Personen und Freigabe des Sonnabendnachmittags. 2. Verbot und Bestrafung der Überzeitarbeit mit Ausnahme der Arbeit an Brennöfen. 3. Weibliche Personen dürfen sechs Wochen vor und nach der Entbindung auf Ziegeleien nicht beschäftigt werden. 4. Allgemein gültige Vorschriften über Lage, Luftraum und Beschaffenheit der Räume, die auf Ziegeleien beschäftigten Personen als Wohnungen angewiesen werden, und über Errichtung wetterdichter, heizbarer Gb- und Ankleideräume. 5. Die Unternehmer oder verantwortlichen Leiter sind verpflichtet, den auf Ziegeleien beschäftigten Personen gutes Trinkwasser zur Verfügung zu halten. 6. Für den Lohn der auf Ziegeleien beschäftigten Personen ist der Bestler oder Pächter der Ziegelei haftbar.“ Zum dritten Punkt wurde folgende Resolution angenommen: „Die Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter fordert den Vorstand des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auf, seinem nächsten Verbandstag die Anstellung eines mit den beruflichen Verhältnissen der auf Ziegeleien beschäftigten Personen genau vertrauten Kollegen zu empfehlen. Diesem ist, wenn irgend möglich, eine Kommission zur Seite zu stellen, die aus auf Ziegeleien beschäftigten Personen zu bilden ist. Der ange stellte Kollege hat gemeinsam mit der Kommission die Aufgabe: 1. Den Vorstand bei der Ausübung einer durch Wort und Schrift vorzunehmenden Agitation mit Rat und Tat zu unterstützen. 2. Die Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter vorzunehmen. 3. Die Sammlung von allem zur Beurteilung der Lage der auf Ziegeleien beschäftigten Personen geeigneten Material, als Lohnkartei, Arbeitsordnungen, Haus- und Kantineinrichtungen, Registrierung der Preise von Nahrungsmitteln und Genussmitteln, welche durch die Unternehmer oder deren Vertreter geliefert werden, und durch Affordanten und Zwischenmeister an Ziegler verjoggene Lohnprellereien. 4. Entgegennahme von Mitteilungen darüber, an welchen Orten und bei welchen Unternehmern die Wohn- und Unterkunftsräume der auf Ziegeleien beschäftigten Personen sich in der Nähe der Brennöfen oder über und neben Stahlfällen befinden, oder in denen eine Vermengung der Schlafstätte nach Beschlethern nicht erfolgt ist. 5. Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifen. Zugleich beschließt die Konferenz, daß für die in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen als die allein zuständige Organisation anerkannt wird.“

Auf der Burbacher Hütte

hat die Direktion in höchst brutaler Weise einen Streik heraufbeschworen. Seit zwei Monaten fanden fortgesetzt Maßregelungen von Arbeitern statt, die weiter nichts begangen hatten, als daß sie dem christlichen Metallarbeiter-Verband beigetreten waren. Die Zahl der Entlassenen betrug am 1. Juni etwa 45 Mann. An diesem Tage erfolgten zwei neue Kündigungen, und als 23 Arbeiter des Walzwerkes dagegen protestierten, wurden auch diese sofort entlassen. Darauf legten etwa 150 Arbeiter des Stahl- und Walzwerkes, ohne mit der Verbandsleitung Rücksprache zu nehmen, die Arbeit nieder. Die meisten der lediglich um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter gehören erst zwei bis drei Monate dem Verband an. Am 3. Juni fand eine von 800 Hüttenleuten besuchte Versammlung statt, in der eine sechs-gliedrige Kommission gewählt wurde, die am dritten Pfingstfesttag ihren ersten Versuch bei der Direktion unternehmen sollte, um die Maßregelungen rückgängig zu machen. Auch diese Kommission wurde abgewiesen. Nur mit einem Arbeiter, der die Arbeit noch nicht niedergelegt hatte, ließ der Generaldirektor Weisdorff sich in ein Gespräch ein. Dem Arbeiter wurde nach der kölnischen Volkszeitung der Weichsel zuteil, daß die Leitung des Werkes von der christlichen Organisation „nichts wissen wolle“. Weiter äußerte Weisdorff: „Es tut mir leid, daß so viele alte Arbeiter sich daran (an der Organisation) beteiligen haben. Ich habe geglaubt, es wären alles junge Burschen gewesen.“ Den Vertreter des christlichen Metallarbeiter-Verbandes bewertete Weisdorff in folgender Weise: „Der Herrmann, dieser Lump, mußte von Weichen hierherkommen, um die Leute fesseln aufzuwickeln.“ Am Abend desselben Tages fand eine von 1200 Personen besuchte Delegiertenversammlung statt, die beschloß, in einer allgemeinen Streik einzutreten. Auch die in der Hütte beschäftigten Italiener sollen sich für den Streik erklärt haben. Am 8. Juni fand wieder eine Versammlung der Ausständigen statt, wo eine Kommission gewählt wurde, die wiederum verhandeln soll. Es wird die Tatsache, daß dieser Streik überhaupt stattfinden konnte, freize wiederum einen Beweis, wie kurzlich die Scharfmacher sind. Nach vor einigen Tagen hauptweise der Zille fröhlich, daß es den „Geiern“ nur gelungen sei, im ganzen Saarrevier 500 Anhänger zu gewinnen und zu derselben Zeit treten allein auf der Burbacher Hütte etwa 1200 in den Ausstand. Daraus können die Unternehmer sehen, wie „gewissenhaft“ sie von ihren „geifigen“ Handlangern bedient werden. Wenn die Arbeiter mit der schmiegligen Faust nicht gewiffenheit wären, müßten die Unternehmer verhungern. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, wurden auf der Hütte die noch freigebliebenen Arbeiter mit Ausnahme der an den Hütten und in den Werkstätten beschäftigten vollständig entlassen. Die Hütte beschäftigt insgesamt Arbeiter heranzuziehen, voranzusetzt natürlich, daß sich dort eine genügende Zahl von Streikbrechern verPaidet. Die Industriegroßmagnate im Saarrevier werden es mit der Zeit auch noch lernen müssen, den Arbeiter als Neuzug mit ihrer Selbstbestimmung zu achten.

Kaiserliche Arbeiter und Koalitionsrecht. Auf der Kaiserlichen Werft am Saatzee (Stord-Löffe-Saal) wurde jüngst folgender Maß ange schlagen: Dem Verbandsmitglied unterlege ich, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu sein.

trifft, einige Tage krank zu sein. Nur vom dritten Tage ab gibt es einige Pfennige Krankengeld, aber in vielen Fällen kommt es nicht dazu, der Arzt findet selten eine Krankheit. Das ist aus erklärlich, denn bei der großen Zahl der Arbeiter, die den Arzt konsultieren, ist es ihm unmöglich, selbst beim besten Willen, die Kranken richtig zu untersuchen. Bei den niedrigen Löhnen kann aber niemand so viel sparen, um zum Vergnügen krank zu sein. Ein Herr namens Niemijski, seines Zeichens Lehrer, der als zweiter Vorsitzender fungiert, führt ein derartig persönliches Regiment, daß unter den Kaffeemitgliedern nur zu oft die Meinung auftritt, der Arzt dürfe nur tun, was dem Herrn Niemijski genehm ist. Die Krankenkassenvertreter, die sich bisher aus den katholischen Fachvereinen und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zusammenschließen, waten denn auch immer recht „zufrieden“. Die große Masse der Arbeiter aber begann Männer zu suchen, die etwas mehr Rückgrat haben und deshalb fiel die Vertreterwahl in diesem Frühjahr anders aus als man erst annahm. Darauf große Enttäuschung. Man wollten die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die katholischen Fachvereine durch einen Kompromiß wenigstens die Weisheitskrone zum Vorstand reiten. Doch alle Mühe war umsonst, die Liste derer, die versprochen hatten, nicht zu allem Ja und Amen zu sagen, stieg. Das Unschönste aber geschah, die Vertreter wählten fast einstimmig den Schriftsteller Julius Brühns, den Schuhmacher Franz Trombalakti und den Kesselschmied Otto Göring aus Kattowitz zu Revisoren der Kaffe, da sie mit Recht annehmen, daß diese drei die Interessen der Arbeiter besser wahrnehmen werden als die Herren Beamten der Hütte, denen man ein großes Verdienst für das Krankentassenwesen (nach all den kuriosen Vorkommnissen während der Zeit, da Herr Niemijski als Leiter fungierte) nicht zutrauen durfte. Darauf war alles ruhig bis zum 25. Mai. An diesem Tag ließ „man“ mehrere Arbeiter rufen und verlangte von ihnen Unterschriften. Dabei wurde alles andere als der witzliche Zweck genannt. So lagen Bogen vor gegen die Streiksteuerung, auf dem nebenan liegenden Bogen sollte man sich unterschreiben. Andere Bogen forderten einen Weisheit zu irgend einer Körperschaft, zum Beispiel zum Gewerbegericht, als Schöffen u. i. m. Die Arbeiter trauten der Sache nicht und verweigerten die Unterschrift. Es fanden sich zwei Hausbesitzer, der Walzmeister Zanotto und der Vorbermann Haase, diese hatten die 15 bis 16 Jahre alten Arbeitsburschen nach der Meisterhütte, dort mußten sie unterschreiben. Das haben die, die nicht vorständig waren, unterschrieben. Man lese und staune:

Saarabteilung im Mai 1906. Kameraden! In der am 5. Mai stattgefundenen Generalversammlung unserer Krankenkasse sind in die Revisionskommission zum Zwecke der Prüfung der Jahresrechnung der Schriftsteller Julius Brühns, der Schuhmacher Franz Trombalakti, der Kesselschmied Otto Göring aus Kattowitz gewählt worden, und zwar gegen unseren Willen. Dieses Wahlergebnis hat unter dem größten Teil der Arbeiterhaushalt um so größere Unzufriedenheit und Entrüstung hervorgerufen, als bekannt geworden ist, daß die drei Rechnungsprüfer Führer der sozialdemokratischen Partei sind. Wir lieben unser Vaterland und wollen als treue und dankbare Staatsbürger in Zeiten drohender Gefahr unser Blut und Leben für Kaiser und Reich opfern. Wir wollen auch unserer Arbeitgeberin treu bleiben, unsere Frauen und Kinder redlich ernähren und dem Aufbau von Kuffschiffen des Zukunftsstaats fernbleiben. Denn der § 82 Ziffer 1 der Satzungen auch befragt, daß die drei Rechnungsprüfer nicht Kaffeemitglieder zu sein brauchen, so hat beim Entwurf der Statuten sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer die gute Absicht gehabt, daß nur solche Personen in die Revisionskommission gewählt werden, die mit unseren Verhältnissen wohl vertraut sind; und dies wären entweder die Herren Beamten unserer Verwaltung oder unsere Aufsichtsbehörde. Dem hat niemand gedacht, daß man zu Rechnungsprüfern jemals einen Schriftsteller, Schlichter oder Kesselschmied von auswärtigen, die von unseren Verhältnissen keine Ahnung haben und nicht Fußfeste sind, wählen könnte. Eine Schande für uns Arbeiter, eine Herabwürdigung und Beschädigung gegen unsere Bruderschaft, die solche Zustände seit dem fast 70jährigen Bestehen des Werkes niemals gekannt hat. Um diese Schande von uns abzuwehren, ist es Pflicht eines jeden redlich denkenden Arbeiters, gegen die Wahl der drei Rechnungsprüfer Einspruch zu erheben und unsere Aufsichtsbehörde zu bitten, gegen diese derzeitigen Insassen einen Protest zu setzen und die Jahresrechnung entweder durch sachkundige Beamte des Hüttenwerkes oder durch Organe der Aufsichtsbehörde prüfen zu lassen. Das Komitee.

Man wird man wohl finden, wer denn dieses Komitee sei. Doch die ungeschickte Schreibweise der Herren in Verwaltungsgebäude gibt den Fingerzeig in den Worten: „gegen unseren Willen“. Werden doch die Revisoren mit 31 gegen 3 Stimmen gewählt. Was soll man mit dem Schriftsteller bezogen werden? Gehört verlangt von von der Aufsichtsbehörde, gegen die gesetzliche Bestimmung, daß Revisoren nicht Kaffeemitglieder zu sein brauchen, vorzugehen, also eine zu Recht erfolgte Wahl für ungültig zu erklären, ja, und eine gesetzliche Handlung zu begehen. Dann will man offenbar die Arbeiter vor der Sozialdemokratie gränzlich weihen. Doch hat dieser Müßiggang selbst den prominenten sozialistischen Arbeiter nur eine mehrstündige Rede abbringen können, der größte Teil der Arbeiter hat eingesehen, daß ihre Rechte nur auf dem Papier stehen. Und endlich jöhren einige Herren des Arbeiterhaushalts zu haben, sich bei ihren Vorgesetzten in Empfehlung zu bringen. In der Aufsichtsbearbeit aber, die die letzten Gewerkschaften hier unternehmen haben, tragen denartige Schmeichelei viel bei. Die Arbeiter aber müssen aus diesen Vorgängen lernen, daß der Staat, wo sie Hilfe zu erwarten haben, und die freien Gewerkschaften sind, warum, die Metallarbeiter von Oberlohn: Einseln in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Magdeburg. Ein Herr Karl Böhler in Magdeburg schreibt uns unter Bezug auf § 11 des Reichsgesetzes über die „Kündigung“: „Die in Satz Nr. 22 von 2. Juni d. J. enthaltenen Satz unter Magdeburg, worin behauptet wird, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder aus dem Arbeitgeber eingezogen hätten, entspricht nicht der Wahrheit. In keiner einzigen Fabrik ist solches jemals geschehen.“ — Auch dieser „Kündigung“ zu klären, hat der Herr Böhler offenbar die Einnahme von den bekannten Tatsachen der Gewerkschaften angenommen. Denn wenn es ein so verabschiedetes Wort ist, daß als Gewerkschaften der Unternehmer versprochen, was die Gewerkschaften von Gewerkschaften, so setzen wir nicht ein, warum Böhler unsere Arbeit beschuldigen will. Hinweis: ist Böhler wirklich schlau? Es ist leicht möglich, daß man besonders heilige Überzeugung gültige Mitglieder seiner Magdeburger Gewerkschaft ihren Chef nicht gegen lassen und sich ohne seine Genehmigung weichen.

Regel 5. Berlin. Herr Jordan-Berlin schreibt uns zu dem Verbandsorganisationsbericht in Nr. 23 eine Besichtigung, die lautet: „Es werden wir hier (in dem Bericht, Behauptung) Worte in den Mund gelegt, die ich entweder gar nicht gesprochen oder in einem anderen Zusammenhang ausgesprochen habe. Es ist unklar, daß ich gesagt habe: Die frei gewählten Stellen (bei einiger Ausperrung) durch Mitglieder des Gewerkschafts zu besetzen.“ Ein auch nur oberflächlich lesender Arbeiter ist in dieser Behauptung nur leicht zu entdecken. Herr Jordan behauptet also nur soviel, nicht gesagt zu haben, daß die freigegebenen Stellen durch Gewerkschaften zu besetzen sind. Das heißt in Nr. 23 entspricht nicht er nicht gesagt oder in anderem Zusammenhang ausgesprochen haben. Wenn ich Jordan in der Behauptung so eindeutig ausgesprochen hat, wie in seiner Besichtigung, dann ist es kein Wunder, wenn er „unabhängiger“ nicht lacht. Das in anderem Zusammenhang ausgesprochen“ gesagt oder nicht sagen, die Haltung der Hütten-Verbandsmitglieder zu demselben.

Es wird nicht sein, wenn der große Tag herauf ist, wie der Pfleger einen Hund auf den jämmerlichsten Weg zu werfen. Seine Leber wird auf der Straße, und wir eingezogen durch die Verhältnisse der Zeiten und der Ereignisse, wir haben die Lagen in der Stadt. Es handelt sich darum, zu kämpfen, zu streben, zu entscheiden, ob die Arbeiter empfinden weniger Neidchen fürchten soll — ob die Verhältnisse eine Lösung über das einige Mittel des Streikens für uns ist.

